

Harzer Weststimme

(Halberstädter Tageblatt)

Organ der Sozialdemokratischen Partei für den Stadt- und Landkreis Wernigerode
Publikationsorgan der freien Gewerkschaften

Wegzettel halbjährlich 1 Mark einschließlich Frangierlohn, bei Selbstabholung 30 Pfennig. Erscheint wöchentlich je nach und zwar mittags, mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Bestellungen werden in der Geschäftsstelle, von unseren Voten und Agenturen entgegengenommen. Redaktion u. Druckerei: Halberstadt, Domplatz 43. Fernruf 2314. Verlag: Halberstädter Tageblatt, Paul Meier, G. m. b. H., Bernauerstr. für Politik u. Wirtschaft. Kurtz-Verlag, für den letzten Teil des 1918 im Kindermarkt, für Bekleidung u. Interat. Karl Zeff, sämtl. in Halberstadt.

Anzeigenpreis die achtspaltige Kolonelle über deren Raum für Anzeigen aus Stadt- und Landkreis Wernigerode 15 Pfennig, auswärts 20 Pfennig. Restameile 40 Pfennig, auswärts 50 Pfennig. Maßgebend ist der bei Zahlung vorliegende letzte Kurs. Für die Aufnahme von Anzeigen an bestimmten Tagen und an bestimmten Stellen kann eine Gebühr nicht übernommen werden. Anzeigen-Aufnahme in der Geschäftsstelle Halberstadt, Domplatz 43 (Fernruf Nr. 2314), Postfach 1010 Wernigerode 4223 und Bestelbuchhandlung (Steinmetz) Wernigerode, Burgstraße 30.

Nr. 163

Donnerstag, den 16. Juli 1931

6. Jahrgang

Gegen Kapitalflucht!

Notwendige scharfe Maßnahmen durch neue Verordnungen der Reichsregierung.

Am Mittwoch abend gegen 23 Uhr ist eine neue Notverordnung des Reichspräsidenten erlassen. Außerdem wurden drei Notverordnungen aufgrund der Notverordnungen der letzten Tage veröffentlicht. Sie regeln die Wiederaufnahme des Zahlungsverkehrs nach den Bankferien, den Verkehr mit Devisen und ihre Kursverpflichtungen, sowie den Verkehr mit ausländischen Zahlungsmitteln.

Die Verordnungen bringen eine erste lebhafte Aufforderung der die Bankhalter schließenden Notverordnung. Das Ergebnis ist, daß zunächst bis Sonnabend einschließlich, also praktisch bis Montag nächster Woche, den Konteninhabern aller Banken noch kein Verfügungsrecht über ihr Guthaben eingeräumt wird. Darüber hinaus gilt bei der Darmstädter und National-(Donat)-Bank die Scheckverpflichtung bis zum 6. August. Zugleich ist ein Ausbau der ersten, die Donat betreffende Notverordnung, dahin erfolgt, daß die Anspruchshalter gegen die Bank auch auf die Ausübung oder Erhaltung des Rechtvertrages aus einem Scheck ausgedehnt wird, während bisher nur Wechsel erfasst worden sind.

Auszahlungen dürfen nach den neuen Verfügungen des Reichspräsidenten in den nächsten drei Tagen und zwar unter Nachweis lediglich für Lohn- und Gehaltszahlungen, für Arbeitslosen- u. Rentnerunterstützung, für Vermögensleistungen, Steuern und sonstigen öffentlichen Ausgaben benötigt werden vorgenommen werden, es sei denn, daß eine bargebotene Entrichtung möglich ist. Eine gewisse Aufforderung tritt im Überweisungsbereich der Banken ein, unbeschränkt zulässig für Lieferleistungen als Ersatz für zugelaufene Barauszahlungen, ferner solche innerhalb desselben Anstalts zur Durchführung des Arbeitsvermittlungsgesetzes und der Arbeitslosenversicherung und zur Erfüllung der Leistungen der Versicherungsträger an ihre Versicherungen.

Mit Ausnahme der Reichsbank, der Reichsbanknoten und der deutschen Goldbanknoten, die in Zahlungsverkehr und Überweisungsbereich keinerlei Beschränkungen unterliegen, sind zwischen den von den Bankferientagen betroffenen Geldinstituten in beschränktem Maße Lieferleistungen zulässig. Sie dürfen jedoch nur bis zur Höhe der Hälfte des Guthabens des Auftraggebers, aber höchstens bis 10.000 M., gehen und nur auf ein bereits bestehendes Konto eines Dritten bei einem von den Bankferientagen betroffenen Institut erfolgen. Dagegen unterliegt die Annahme von Einzahlungen keinen Beschränkungen. Barauszahlungen in Reichsmark, die nach dem 15. Juli erfolgt sind, stehen frei zur Verfügung.

Die Verordnung über den Verkehr mit ausländischen Zahlungsmitteln lehnt sich an die Devisenverordnung vom Jahre 1924 an. Nur, daß diesmal die Reichsbank die grundsätzliche alleinige Vermittlung des Devisen- und Wertaus durchzuführen soll, die ihr zugehörigen Befugnisse hinsichtlich des Verkehrs mit ausländischen Zahlungsmitteln auf andere Banken übertragen kann. Billig verboten sind Vermittlungsgeschäfte in ausländischen Noten und Devisen sowie Geschäfte in Wertpapieren, getragenen Briefen Zahlungsmitteln, die in ausländischen Währungen ausgestellt sind, die am 1. Oktober der Berliner Börse oder ihren gleichgestellten Börsen veröffentlicht werden. Geschäfte, die den Bestimmungen dieser Verordnung widersprechen, sind nichtig.

Im Falle der Übertretung der Bestimmungen der Devisenordnung sind Gefängnisstrafen und Geldstrafen bis zum Zehnfachen des Wertes der ausländischen Zahlungsmittel festgesetzt. Ist die Geldstrafe nicht einzutreiben, so tritt an ihre Stelle Gefängnis. Gleichzeitig können die ausländischen Zahlungsmittel und Devisen bei strafrechtlichen Vergehen zu Gunsten des Reiches eingezogen werden.

Die neuen Notverordnungen sind ebenfalls in der Hoffnung ausgearbeitet worden, daß es in den nächsten Tagen schließlich doch noch gelingt, einen höheren ausländischen Kredit bereitzubringen. Tatsächlich scheint die Stimmung in Frankreich in den letzten 24 Stunden hinsichtlich eines derartigen Reiches eine starke Veränderung erfahren zu haben. Als Gegenleistung fordert man, wie die französische Pressenagentur neuerdings betont, „unabhängige finanzielle Garantien“, die durch ein gemeinsames Abkommen der interessierten Finanzminister festgelegt werden müssen. Die ins Auge gefasste Operation werde von solchen Ausnahmen sein, daß sie nicht ohne die Mitarbeit der amerikanischen, englischen und französischen Banken beginnen könne.

Dieser Stimmungsumschwung in der Meinung der französischen Regierung und Öffentlichkeit ist zweifellos auf die Vermittlungstätigkeit des englischen Außenministers zurückzuführen, der zur Zeit in Paris weilte und heute abend von dort nach Berlin zum Besuch der Reichsregierung abreisen wird.

Kontrolle gegen Mißbrauch.

Die Mitglieder der Berliner Stempelvereinigung einschließlich ihrer Filialen haben beschlossen, Gelder zu Lohnzwecken nur an denjenigen Stellen abgeben zu lassen, an denen bereits früher die Mittel zu Lohnzwecken abgehoben worden sind. Außerdem wollen die Banken die Zahlungen zu Lohnzwecken davon abhängig machen, daß ihnen die Lohnlisten vorgelegt werden, die von den örtlichen zuständigen Industrie- und Handelskammern abgetempelt sind.

Starke Diskont-Erhöhung.

Von 7 auf 10 Prozent, Lombardfuß von 8 auf 15 Prozent.

Amlich wird mitgeteilt: Am Mittwoch ist die Gold- und Devisenbank der Reichsbank unter 40 Prozent gesunken. Die gesetzlich erforderliche Ermächtigung des Generalrats ist hierfür eingeholt worden. Die Reichsbank hält es nicht für richtig, mit der Erhöhung ihres Diskontfußes zu warten, bis die im § 29 des Bankgesetzes angegebenen Voraussetzungen vorliegen, sondern hat in Vorausnahme dieser Verpflichtung bereits mit Wirkung vom 16. Juli dieses Jahres ab den Diskontfuß auf 10 Prozent erhöht. Gleichzeitig ist der Lombardfuß auf 15 Prozent festgesetzt worden.

Die Diskont-Erhöhung der Reichsbank hat den Sinn, die Produktionsmaschine im Gang zu halten. Das geht nur, wenn die Roh- und Gehaltszahlungen sicher zu stellen sind. Darum müssen Mittel in Anspruch genommen werden. In die gewissermaßen in den letzten Wochen und Tagen gehäuftesten Kredite fließen zu machen.

Die Diskont-Erhöhung ist nur ein Mittel, um die Dinge zu meistern. Der gegebene geldmäßige Weg zur Überwindung der Zahlungsmittelnot und der bereits schon eingetretenen und noch drohenden Illiquidität der Wirtschaft ist die vorübergehende Ausdehnung des Zahlungsmittelumsatzes durch erhöhte Notenausgabe. Die Reichsbank wird zu diesem Zweck von der im Reichsbankgesetz ausdrücklich vorgesehenen Möglichkeit der Herabsetzung der Deckung der Banknoten durch Gold und Devisen — wahrscheinlich von 40 auf 30 Prozent — Gebrauch machen müssen. Das ist angesichts ähnlicher Situationen zu offen sagen und in allen Ländern geschehen. Mit einer Inflation hat das nichts zu tun.

Diese Erweiterung der Bewegungsfreiheit der Reichsbank muß aber mit einer zweiten Maßnahme verbunden sein, um eine mißbräuchliche Kreditinanspruchnahme, d. h. die Inanspruchnahme von Banknoten, zum Zwecke der Umwandlung in Devisen oder von Marktrechten zum Zwecke der Aufrechterhaltung früherer oder

früher ert geschaffener Auslandsguthaben zu verhindern. Die Kreditgewährung muß fühlbar teurer sein.

In diesem Zusammenhang hat die Reichsbank ihren Diskontfuß von 7 auf 10 Prozent und ihren Lombardfuß von 8 auf 15 Prozent erhöht. Sachverständige haben die Erhöhung der Sätze auf 20 und 30 Prozent gefordert. Wir sind auch der Meinung, daß die Erhöhungen der Reichsbank zu gering sind, um die notwendigen Wirkungen zu erzielen. Der Reichsbankpräsident Dr. Lutzer soll sich hüten, die Möglichkeiten der Diskontpolitik in kritischen Situationen, ähnlich wie Schacht das tat, scheitern zu lassen. Schacht kam damals die Quasi der wirtschaftlichen Entwicklung zu gute. Das ist ein Faktor, mit dem Lutzer nach Lage der Dinge nicht rechnen kann.

Unter Staatsaufsicht.

Die Privatwirtschaft hat vorlag.

Die Reichsregierung beabsichtigt bestimmte gesetzliche Maßnahmen, durch die wichtige Zweige der Privatwirtschaft in die Einflußsphäre der staatlichen Gewalt einbezogen werden sollen. Man will sie gewissermaßen einer staatlichen Aufsicht unterstellen. Diese Aufsicht besteht zunächst hinsichtlich der großen Geldinstitute, der Versicherungsgesellschaften und Transportunternehmungen. Sie soll so durchgeführt werden, daß das Reich für diese Unternehmungen besondere Kommissare ernannt oder die Reichsbank mit der Aufgabe betraut, diese Unternehmungen nicht nur auf ihre Finanzgeburt, zu beaufsichtigen, sondern auch dafür zu sorgen, daß ihre Geschäftsführung im Sinne und im Rahmen der von der Regierung verfolgten Wirtschaftspolitik erfolgt.

Die genannten Pläne werden schon längere Zeit innerhalb der Reichsregierung erwogen. Sie sind auf den Zusammenbruch großer Konzerne zurückzuführen und haben ihre Berechtigung insofern, als schließlich bei jedem Zusammenbruch das Reich der leittragende Last ist und durch Subventionen oder Garantieleistungen einbringen muß.

Kein Grund zur Unruhe.

Eine nächtliche Rundfunkrede des Reichsfinanzministers Dietrich.

Der Reichsfinanzminister sprach am Mittwoch in vorgerückter Abendstunde im Berliner Rundfunk über die gegenwärtige Wirtschaftslage Deutschlands. Dietrich wies darauf hin, daß es infolge des Hooperralles gelungen sei, der Wirtschaft von Reichsmegen über 300 Millionen Mark zur Verfügung zu stellen. Die jetzige Krise stamme also

nicht aus der öffentlichen, sondern aus der privaten Wirtschaft. Sie sei ausgelöst durch den Zusammenbruch der österreichischen Kreditanstalt und verursacht durch den Abzug von kurzfristigen Krediten. Von 7—8 Milliarden Mark kurzfristiger Schulden habe die deutsche Wirtschaft drei bis vier Milliarden zurückzahlen müssen.

Der Reichsfinanzminister kam jedoch auf den

Sturm auf die Banken und Sparkassen zu sprechen und betonte, daß die Banken die eingezahlten Gelder nicht liegen lassen könnten, sondern zinsbringend anlegen müßten. Es ist selbstverständlich unmöglich, daß man in drei Tagen die Banken liquidiert. Das ist der Grund, weshalb die Regierung die Banken für zwei Tage schließen mußte. Dasselbe gilt für die Sparkassen, jedoch mit dem Unterschied, daß sie sehr viel mehr Geld als die Banken auf lange Sicht ausgeliehen haben. Niemand kann von den Sparkassen verlangen, daß sie die Gelder, die sie in Hypotheken und Pfandbriefen angelegt haben, morgen kündigen. Selbst wenn sie dies täten, würden sie das Geld nicht bekommen, da die Hausbesitzer, die die Hypotheken aufgenommen haben, es nicht aufbringen könnten. Der Minister unterließ dann, daß bei den Sparkassen

für die Gelder nicht die geringste Gefahr

befürchtet, schon deswegen nicht, weil die Sparkassen unter der Garantie der Kommunen und Kreise stehen und infolgedessen die gesamte Bevölkerung dafür ist für etwaige Ausfälle. Unter normalen Verhältnissen bringen die Leute täglich Geld und holen täglich Geld ab. Das geschieht aus. Es ist also fassbar, daß die Sparkassen 12 Milliarden Mark — so hoch sind die Einlagen — nicht herausgeben können, sondern man kann nur die Zinsen der 12 Milliarden herausheben, die unter normalen Verhältnissen nur gebraucht werden, da der Bestand an Einlagen wächst. Der Minister kam dann auf

die neue Notverordnung

zu sprechen und verwies auf die den Banken und Sparkassen ab Donnerstag wieder gefasste Auszahlung von Geldern, für die in der Notverordnung erwähnten Zwecke. Es werde also das geschehen, was notwendig ist, damit die Gehalts- und Lohnempfänger, die Rentenberechtigten und die Unterhaltungsbedürftigen das er-

halten, was sie zu fordern haben. Es ist aber unmöglich, etwa dahin zu kommen, daß mit einem Male alle Sparer ihr Geld bekommen. Die Frage, wie weit das möglich sein wird, ist die Aufgabe der nächsten Tage. Die Reichsbank hat Vorfrage getroffen, daß

die Lohnzahlungen, Unterhaltungen usw.

am heutigen Donnerstag bereitgestellt werden können, natürlich nur gegenüber den Firmen, die imstande sind, auf dem geordneten Kreditwege diese Gelder beanspruchen zu können. Wenn es an einigen Stellen zu Schwierigkeiten kommen sollte, dann bitten wir die Bevölkerung, daraus nicht einen generellen Schluß zu ziehen. Wir werden bemüht bleiben, diese letzten Schwierigkeiten zu meistern. Die Reichsbank wird am Donnerstag etwas mehr Noten umlaufen lassen als bisher. Wir haben in den vergangenen Monaten aber oft eine Milliarde und noch mehr Notenumlauf gehabt über dem, was wir jetzt haben. Die Schwierigkeit liegt zurzeit nicht etwa darin, daß wir zuviel Noten haben, sondern

daß wir zu wenig Noten haben,

letzteres, weil uns Gold und Devisen wegenommen worden sind. Der Minister kam dann auf die Rentenmark zu sprechen, die gelegentlich jebermann in der Tasche hat Niemand hat bisher zwischen ihr und der Rentenmark einen Unterschied gemacht. Die Rentenmark ist durch die Landwirtschaftsgarantie außerordentlich gut gedeckt.

Der Minister behandelte dann die Flucht in die Devisen und die Frage des Notgeldes.

Der Devisenverkehr

ist durch die Devisenverordnung bei der Reichsbank zentralisiert, damit kein deutsches Geld ins Ausland flüchten kann. Was das Notgeld angeht, von dem gefaselt wird, so ist zu sagen,

daß sich jeder Hausfrau macht, der Notgeld ausliefert.

Der, der Notgeld annimmt, wird der Dumme sein, denn es ist wertlos und ungenüßlich. Am Schluß seiner Ausführungen warnte der Minister vor dem Sammelren von Banknoten. Wir haben einen Geldumlauf, der ausreicht, wenn er sich normal vollzieht, d. h. daß jeder nicht mehr Geld mit sich trägt, als er für seine Zwecke für die nächste Zeit braucht. Wenn das geschieht, reicht der Geldumlauf aus, um die Wirtschaft in Gang zu halten. In allen kritischen Stunden eines Volkes kommt es entscheidend darauf an, daß man die Nerven nicht verliert. Wenn sie die große Mehrheit der Bevölkerung verliert, ist die Regierung machtlos. Jetzt kommt es darauf an, dem zu folgen, was die Regierung vorschlägt. Nur dann kommen wir aus der Not heraus.

Stimson und Henderson in Paris

Der amerikanische und der englische Außenminister beraten mit den Franzosen über Hilfe für Deutschland.

Paris, 16. Juli. (Eig. Draht.) Am Donnerstag vormittag um 11 Uhr findet im Anwesenheit unter Vorsitz Bavales die angeordnete Beratung zwischen den französischen Ministern, dem englischen Außenminister Henderson und dem amerikanischen Staatssekretär Stimson, der am Nachmittag in Paris eintraf, statt. Stimson hat Brand bereits am Mittwoch nachmittag einen kurzen Stillsitzbesuch gemacht. Später hatte er in der amerikanischen Botschaft eine längere Unterredung mit Henderson. Heber die am Mittwoch stattgefundenen

Konferenz der französischen Minister mit Henderson

(schreibt der offizielle „Revue Parisien“:

„Die Beratung am Quai d'Orsay hat so viel wir wissen, in einem allgemeinen Meinungsaustausch über die Notwendigkeit bestanden, Deutschland zu helfen, falls es einen solchen Wunsch formell zum Ausdruck bringt und zu diesem Zweck eine gewisse politische Atmosphäre schaffen würde, ohne die das für den deutschen Kredit so notwendige Vertrauensverhältnis sich nicht vollziehen kann. Der französische und der englische Standpunkt stimmen darin vollkommen überein, höchstens könnte man eine geringe Meinungsverschiedenheit feststellen, die darin besteht, daß die englische Regierung ebenso wie die amerikanische die Frage des finanziellen Beistandes mit dem Problem der allgemeinen Wirtschaftsunterstützung verknüpft hat. Henderson wird sich sicherlich mit Macdonald in Berlin dafür einsetzen, den deutschen Ministern verständlich zu machen, daß sie ein wirkliches Interesse daran habe, daß die Prestigeoffiziere, die seit den Septembermonaten in Deutschland betrieben wird, und die Deutschland selbst nur Schaden zugefügt und das moralische Klima Europas vergiftet hat, durch eine verständliche Haltung zu erkennen, die das internationale Vertrauen wieder erneuert und fruchtbarere Zusammenarbeit möglich machen könnte.“

Sehr viel deutlicher als dieses von der Regierung inspirierte Organ brühen sich andere Zeitungen aus. Das radikale „Deuxième“ erklärt, daß Henderson den französischen Ministern gegenüber den englischen Vorschlag erneuert habe, nach der Sachverständigenkonferenz in London eine Sachverständigenkommission einzuberufen. Ministerpräsident Bavales hat die Einladung diesmal abgelehnt und hinzugefügt, daß ihm sogar die Sachverständigenkonferenz als überflüssig scheint und daß sie nach seiner Meinung ohne Rücksicht verweigert werden könnte. Henderson habe darauf geantwortet, daß es zu spät sei, die Konferenz abzulösen und daß sie am Freitag zusammentreten werde.

Schwarzer Tag in Paris.

Paris, 15. Juli. (Eig. Draht.) Die Pariser Seite hatte am Mittwoch den schwarzen Tag zu verzeichnen, den sie je erlebt hat. Die Erschütterungen des Kursniveaus wurden besonders dadurch begünstigt, daß die Zahlungstermine in Frankreich nicht wie bei uns auf das Ende des Monats (Ultimo), sondern auf die Mitte des Monats (Medio) fallen. Dadurch wurde der Geldbedarf stark gesteigert, was zum Verkauf von Wertpapieren führte. Die Aktien der Bank von Frankreich gaben zu Beginn um 850 Francs — in Frankreich wird nicht wie bei uns in Prozenten notiert — nach, trotz Interventionen konnte der Verlust nur auf 455 Francs gestoppt werden. Die übrigen Papiere schlossen mit niedrigeren Kursen. Der Credo Hispania, die ausfallende Kreditbank in Frankreich, büßte pro Aktie 300 Francs ein, die Banque de Paris 265 Francs und die Suez-Kanalgesellschaft 500 Francs. Die Youngloans gaben von 715 auf 600 Francs nach.

Auf dem Devisenmarkt war das englische Pfund schwach, während die Marknotiz gestiegen war. Da ein offizieller Markkurs nicht vorhanden ist, lehnen die Pariser Banken die Umrechnung von deutschen Reichsbanknoten ab. Die deutsche Botschaft ist daher seit Mittwoch mittag von zahlreichen deutschen Touristen umlagert, die weder ihre Hotelrechnungen begleichen, noch die Rückreise antreten können. Die Botschaft gibt ihnen das Rückreisefinanzhilfs bis zur deutschen Grenze, lehnt aber die Umrechnung der Markbeträge in Francs ab und empfiehlt den Touristen, ihre Koffer in den Hotels als Pfand zurückzulassen. Die Schulen lassen dann später von der Botschaft einlösen werden. Da die Reichsregierung durch die notwendig gewordene Schließung der Börse für diese Sachlage verantwortlich ist, muß verlangt werden, daß die Auslandsvertretungen, vor allem die in Frankreich, angewiesen werden, den Touristen Geld, wenigstens im bescheidenen Umfang, umzumessen. Dem leßt man die Reichsregierung bei Wiederaufnahme der Marknotierung mit diesem Geschäft einige Verluste erleidet, so tiefen diese in keinem Verhältnis zu dem Schaden, der dem deutschen Ansehen durch die Rückzahlung der deutschen Hotelrechnungen zugefügt wird.

Auch London in Panik.

London, 16. Juli. (Eig.) In der Londoner City herrschte am Mittwoch ebenfalls Panik. Der Franken stieg heute nach anfangs 128,75 auf 122,90 gegen London und schloß nominell zu 123,25 in 123,50. Die starke Nervosität, die sich durch die Hausse des Franken ausdrückte, hat sich auch auf den Dollar übertragen. Hier lautete die Londoner Schlussnotierung 4,84 gegen 4,86 1/2 am Vortage. Die deutsche Mark lag den ganzen Tag über zwischen 22 und 24 für das englische Pfund.

Die Rückwirkung auf die Schweiz.

Bern, 15. Juli. (Eig. Draht.) Die Rückwirkungen der deutschen Finanzkrise auf die Schweiz machen sich bereits ziemlich stark fühlbar. Deutsches Geld und deutsche Werte werden an den Börsen von Zürich, Basel u. Gené nicht gehandelt. Die Banken weigern sich, da kein offizieller Kurs der Mark besteht, deutsches Geld umzuwechseln. Am inoffiziellen Markt werden für 100 Reichsmark 100 Schweizer Franken gegeben, während der Antikurspreis für 100 Reichsmark von 122,22 Franken auf 114 Franken gesunken ist. Auf dieser Basis entwickeln sich bereits beträchtliche Spekulationskäufe.

Von den aus Deutschland in die Schweiz geflüchteten Kapitalisten sind in den letzten Tagen beträchtliche Summen zurückgezogen worden, doch weigern sich die Schweizer Banken seit Einstellung des deutschen Zahlungsverkehrs nach dem Ausland, weitere Beträge, selbst aus deutschen Depots, herauszugeben. An dem Zusammenbruch der Nordbank und der Danabank haben Schweizer Banken insgesamt 6 Millionen verloren. Die Ursache ist groß, da man mehrere Zusammenbrüche von Unternehmungen befürchtet, an denen zahlreiche Schweizer Banken interessiert sind.

Ein zweiter Danab-Treuhänder.

Die Reichsregierung hat zum zweiten Treuhänder für die Danabank und Nationalbank den Reichsbankdirektor Schippel-Hamburg bestellt.

Die neuen Devisenverordnungen.

Aus der neuen Devisenverordnung.

Die neue Verordnung über den Verkehr mit ausländischen Zahlungsmitteln hat im wesentlichen folgenden Inhalt:

§ 1. Ausländische Zahlungsmittel und Forderungen in ausländischer Währung dürfen gegen inländische Zahlungsmittel nur von oder durch Vermittlung der Reichsbank erworben und nur an die Reichsbank oder durch ihre Vermittlung abgegeben werden. Die Reichsbank kann die Befugnis zum An- und Verkauf anderen Kreditinstituten erteilen und Ausnahmen zulassen.

§ 2. Termingeschäfte in ausländischen Zahlungsmitteln oder Forderungen in ausländischer Währung oder in Edelmetall gegen inländische Zahlungsmittel sind verboten.

§ 3. Zahlungsmittel im Sinne dieser Verordnung sind Goldbarren (Münzgold), Papiergeld, Banknoten und dergl., Auszahlungen, Anweisungen, Checks und Wechsel. Forderungen in ausländischer Währung im Sinne dieser Verordnung sind Forderungen, bei denen der Gläubiger Anspruch auf Zahlung in effektiver ausländischer Währung hat. Als Forderungen in ausländischer Währung gelten nicht ausländische Wertpapiere. Edelmetalle im Sinne dieser Verordnung sind Gold, Silber, Platin und Platinmetalle in der im Handel mit solchen Metallen üblichen Form.

§ 4. Ausländische Zahlungsmittel und Forderungen in ausländischer Währung für die amtliche Notierung in Berlin erfordern, dürfen gegen inländische Zahlungsmittel zu keinem höheren als dem letzten bekannten amtlich in Berlin notierten Briefkurs erworben oder abgegeben werden. Der Kurs für Auszahlungen ist auch für Geschäfte in Geldorten maßgebend, wenn für die Geldorten kein besonderer amtlicher Kurs notiert wird. Wird ein besonderer Kurs notiert, so gilt er nur für Geschäfte in Geldorten.

§ 5. Ausländische Zahlungsmittel und Forderungen in ausländischer Währung, für die eine amtliche Notierung in Berlin nicht vorliegt, dürfen gegen inländische Zahlungsmittel zu keinem höheren als dem letzten bekannten, von einem Ausschuss der Berliner Bedingungsvereinbarung für den Wertpapierverkehr als Briefkurs ermittelten und in der Presse veröffentlichten Briefkurs erworben oder abgegeben werden.

§ 10. Mit Gefährnis und mit Geldstrafe bis zum zehnfachen des Wertes der ausländischen Zahlungsmittel, der Forderungen in ausländischer Währung oder der Edelmetalle wird bestraft, wer vorzüglich

- 1. dem § 1 zuwider ausländische Zahlungsmittel oder Forderungen ausländischer Währung gegen inländische Zahlungsmittel erwirbt oder abgibt;
- 2. dem § 1 zuwider den Erwerb oder die Abgabe von ausländischen Zahlungsmitteln oder Forderungen ausländischer Währung gegen inländische Zahlungsmittel vermittelst;
- 3. ausländische Zahlungsmittel oder Forderungen in ausländischer

Währung gegen inländische Zahlungsmittel zu einem höheren als dem nach den §§ 4 und 5 zugelassenen Briefkurs abgibt oder erwirbt oder einen solchen Erwerb vermittelst;

4. Termingeschäfte in ausländischen Zahlungsmitteln oder Forderungen in ausländischer Währung oder in Edelmetallen gegen inländische Zahlungsmittel abschließt oder vermittelt.

Mit der im Absatz 1 bezeichneten Strafe wird ferner bestraft, wer vorzüglich zu einer im Absatz 1 mit Strafe bedrohten Handlung auferordert, anreizt oder sich erzieht.

Neben der Strafe können die ausländischen Zahlungsmittel und Forderungen in ausländischer Währung, auf die die strafbare Handlung bezieht, zugunsten des Reiches eingezogen werden, auch wenn sie dem Täter oder einem Teilnehmer nicht gehören.

Noch zwei Verordnungen.

Nur amtliche Kurse.

Die Verordnung über die Veröffentlichung von Kursen lautet: „Auf Grund der Verordnung des Reichspräsidenten vom 15. Juli 1931 (Reichsgesetzblatt I) wird verordnet:

§ 1. In öffentlichen Bekanntmachungen oder in Mitteilungen, die für einen größeren Personenkreis bestimmt sind, dürfen Angaben, die sich auf Briefe beziehen, zu denen ausländische Zahlungsmittel, die Reichsmark und Wertpapiere gehandelt, angeboten oder gekauft worden sind oder sein sollen, nicht gemacht werden, es sei denn, daß es sich um amtlich festgesetzte Kurse einer Börse handelt. Die Reichsregierung kann Ausnahmen zulassen.

§ 2. Die Vorschriften des § 1 gelten entsprechend für Termingeschäfte in Kupfer, Zinn, Zink und Blei.

§ 3. Wer den Vorschriften des § 1 oder § 2 zuwiderhandelt, wird mit Gefängnis bis zu sechs Monaten und mit Geldstrafe oder mit einer dieser Strafen bestraft.

§ 4. Diese Verordnung tritt am 16. Juli 1931 in Kraft.“

Aufhebung der Bankferien.

Die Verordnung über die Wiederaufnahme des Zahlungsverkehrs nach Bankferien hat folgenden Wortlaut: „Auf Grund des Artikels 4 Abs. 2 der Reichsverfassung wird verordnet:

§ 1. Die Reichsregierung ist ermächtigt, die Wiederaufnahme des Zahlungsverkehrs nach Bankferien zu regeln. Sie kann Maßnahmen zum Schutze gegen die Folgen der Erklärung von Bankferien und der Regelung der Wiederaufnahme des Zahlungsverkehrs treffen.

§ 2. Die Reichsregierung ist ermächtigt, Vorschriften 1. über den Verkehr mit ausländischen Zahlungsmitteln und Forderungen in ausländischer Währung in Ansehung an die Devisenverordnung vom 8. November 1924 (Reichsgesetzblatt I Seite 730), 2. über die Veröffentlichung von Kursen von Wertpapieren und Metallen zu erlassen.“

§ 3 befaßt, daß diese Verordnung am 15. Juli 1931 in Kraft tritt.

Hindenburg zurück.



Der Reichspräsident bei der Ankunft in Berlin. Links Staatssekretär Dr. Meißner.

Infolge der kritischen politischen Lage hat der Reichspräsident seinen Urlaub im Schloss Neudorf in Ostpreußen beendet und ist nach Berlin zurückgekehrt, wo er von den Führern der Regierungspolitik über die Lage unterrichtet wurde.

Warnung vor Schacht.

Hugenberg und Hüller, die Schuldigen des gegenwärtigen wirtschaftlichen Zusammenbruchs sieht wieder an, um das Chaos abzuwenden zu machen. Zu gleicher Zeit wird die Parole ausgegeben, Herrn Schacht wieder zu holen. Diejenigen Leute, die Herr Schacht auf einen amtlichen Posten stellen und ihm einen unmittelbaren oder mittelbaren, einen sofort in der Erscheinung tretenden oder sich später auswirkenden politischen Einfluß gewähren wollen, sind im Begriff, Deutschland vollends in den Abgrund zu stoßen. Wir hören die Argumente der zum Raubgebet vereinten: Was hat Herr Schacht zum Reichspräsidenten oder zum Wehrungskommissar, so ist er in der Weimarer Front anerkannt und hier auf, ein Werkzeug der Diktaturverfälschung zu sein. Welche Klugheit! Die ehrekräftigen Absichten des Herrn Schacht sind zur Genüge bekannt, und selbst wenn sie nicht vorhanden wären: das Ausland sieht in ihm einen Repräsentanten des verwegeneren Nationalismus. Es kennt kein Weibchen mit Hugenberg und Hüller, und eine Regierung, die sich im gegenwärtigen Augenblick dieses Mannes so oder so bediene, würde sich daher bei allen politischen Verhandlungen vor ungeborene Hindernisse gestellt sehen. Herr Weimung muß wissen, ob er dieses Wille laufen will und ob er es im Interesse des Landes laufen darf.

Was aber der zur Macht gelangte Herr Schacht für die deutsche Arbeiterklasse bedeutet, braucht nach seinen zahlreichen antisozialen Bestimmungen nicht mehr bargetzt zu werden. Genügend hat der Reichstender dazu, auf diesen Mann zurückzugehen, so muß er sich klar darüber sein, daß ein solcher Schritt weit über die Grenzen des Währungs- und Finanzpolitischen hinausgeht. Er würde sich nicht wundern dürfen, wenn man ihn als Beweis dafür ansehe, daß die Regierung vermessene genug ist, in der Zeit der schwersten Not die Front gegen die Arbeiterklasse zu nehmen.

Der Vorkriegsverband wählte den früheren Bundesanstalter Dr. Ender mit 22 von 28 Stimmen zum Landeshauptmann und mit 26 von 28 Stimmen zum Präsidenten des Landtages.

Konferenz in London.

Am Montag unter Führung Macdonalds.

London, 16. Juli. (Eig.) Die englische Regierung hat die am dem Reparationsproblem interessierten Hauptmächte einschließlich Deutschland zum kommenden Montag zu einer Ministerkonferenz nach London gebeten. Diese Konferenz soll um 1 Uhr beginnen. Die Regierungen der englischen Ministerpräsidenten und des Reichspräsidenten werden jedoch nicht teilnehmen. Sie werden nur in einem geschäftlichen, das beide am Montag nachmittag wieder in London stattfinden.

Die Konferenz wird sich für die Durchführung des Hooverplanes u. mit der Gewährung eines höheren ausländischen Kredits an Deutschland befassen. Amerika, dessen Außenminister zur Zeit in Paris weilt, ist ebenfalls zu der Konferenz eingeladen und dürfte diese Einladung Folge leisten, zumal die Konferenz mit auf seine Initiative zurückzuführen ist.

Blutiger Welt-Erwerbslojenag.

Auf Anordnung von Moskau veranstalteten auch die deutschen Kommunisten gestern überall im Reich Demonstrationen, die zwar den Erwerbslosen keine Arbeit und auch kein Brot bringen können, aber für manchen Teilnehmer doch schwerwiegende Folgen haben. Die Beteiligung war überall äußerst schwach. Nur ein geringer Bruchteil kommunistisch gestimmter Erwerbsloser beteiligte sich an dieser in der gegenwärtigen Lage des Landes äußerst überflüssigen Demonstration. In manchen Orten entwickelten sich Tumulte, bei denen die Polizei einschreiten mußte und wobei es auf der Seite der Demonstranten zahlreiche Verletzte gab. So werden aus München, Stuttgart, Karlsruhe, Dresden, Darmstadt, ferner aus dem rheinisch-westfälischen Industriegebiet folgende Städte genannt. In Gelsenkirchen entwickelte sich sogar in den späten Abendstunden regelrechte Straßenkrawalle. Die Polizei wurde bei ihrem Einschreiten mit Steinen, Köpfen und Flaschen beworfen. Aus Keitern und Daxlanden wurden Schiffe auf die Bermen abgedrückt. Einige Beamte mußten schwer verletzt ins Krankenhaus gebracht werden. In Garmisch in Westfalen wurde ein Demonstrant getötet und einer schwer verletzt. Schwere Ausschreitungen fanden auch in Darmstadt statt. Von den Führern war wenig zu bemerken. Der kommunistische heilige Landtagsabgeordnete Jannann verfolgte die Aktion auf den Straßen und einem geschloffenen Auto heraus. Da war es ja auch sicherer und angenehmer, während die Protesten ihre Haut zu Markte tragen.

Baade verlangt Klärung.

Die richtige Antwort auf die „nationalen“ Verleumdungen.

Wegen der im Roggen-Untersuchungsausschuß des Reichstages erhobenen Anschuldigungen hat Dr. Baade beim Reichsernährungsminister in seiner Eigenschaft als Reichskommissar bei der Deutschen Getreidehandelsabteilung die Einleitung eines Disziplinerverfahrens gegen sich beantragt. Am Erwerb nehmen mit Dr. Baade wird der Reichsminister, zum Zwecke der Durchführung dieses Verfahrens die Aufhebung der Immunität beim Reichstag beantragen. Bis zur Entscheidung des Disziplinerverfahrens ist Dr. Baade auf eigenen Antrag beurlaubt worden.

Wie wir erfahren, hat auch Staatssekretär z. D. Siebold wegen der im Untersuchungsausschuß gegen ihn erhobenen Vorwürfe ein Disziplinerverfahren gegen sich beantragt.

Zeppelin-Umbau! Am Mittwoch wurden aus dem Luftschiff „Graf Zeppelin“ im Rahmen der Vorbereitungen zur Artzfabrik aus Orindern der Gewichtspartnersatz nach Mannheim abgebaut. Der frühere Begleiter umblühten, der Amerikaner Giesworthy, der die Fahrt im Auftrag des amerikanischen Geographischen Gesellschafts mitmachte, ist bereits in Friedrichshafen eingetroffen. Am 21. Juli wird das Luftschiff fahrtbereit in der Halle liegen. Einfließlich der Befehung werden 46 Personen an der Fahrt teilnehmen.

Einladung von Paris.

Brüning und Curtius fahren heute abend.

Die Reichsregierung hat in der Nacht von den französischen Regierung die Einladung erhalten, sofort nach Paris zu kommen und dort über die wirtschaftliche Lage Deutschlands bzw. Europas und die Möglichkeiten eines höheren und langfristigen internationalen Kredits zu besprechen.

Die Reichsregierung hat eine Entscheidung darüber, ob sie die Einladung annimmt, und den Reichsanwalt mit dem Außenminister bereits heute abend nach Paris entsendet, noch nicht gefasst. An sich besteht die Absicht, die Reise heute abend anzutreten. Man wird zunächst jedoch noch mit dem englischen Ministerpräsidenten, der seinen Besuch für Freitag in Berlin zugelagt hat, verhandeln.

Die Einladung ist u. M. auf einen Führer der Reichsregierung in Paris zurückzuführen. Wenn der Reichsanwalt mit Curtius heute abend reist, wird der für morgen vorgesehene Besuch des englischen Ministerpräsidenten und des Außenministers auf unbestimmte Zeit verschoben werden.

Im Anschluß an die Pariser Reise dürfen Brüning und Curtius sofort nach London zu der von der englischen Regierung angelegten Ministerkonferenz fahren.

Franzen freigeprochen.

Aber moralisch verurteilt.

Das Schöffengericht Berlin-Charlottenburg sprach am Mittwoch nachmittag den der Begünstigung angeklagten braunschweigischen Kammerling Franz wegen Mangel an Beweisen frei. Der Vertreter der Anklage, Oberstaatsanwalt Köster, hatte 500 M. Geldstrafe bzw. 20 Tage Gefängnis beantragt.

Das Urteil kam nur als ein Verlegenheitsprodukt peinlichster Art gemeldet werden. Man kam zu dem Freispruch, indem man die Tat des nationalsozialistischen Kammerling Franz nicht als ein Vergehen im Sinne des Strafgesetzbuches, sondern nur als Uebertretung betrachtete und somit die Bahn für den fragwürdigen Freispruch Franzens freimachte, da die Begünstigung eines Vergehens im juristischen Sinne nicht strafbar ist. Das Gericht ist zu dieser Verlegenheitsformulierung gekommen, trotzdem Gut in zweiter Instanz wegen Vergehens, und nicht wegen Uebertretung verurteilt worden ist, trotzdem ein berühmter Polizeioffizier wie Major Heinrich von Old mehrfach die präzise Angabe gemacht hatte, daß er den Angeklagten Franzens wegen Vergehens auf die Beamtenverletzung, d. h. das Vergehen des festgenommenen Abgeordneten" bezöge, als Gut aufmerksam gemacht habe. Es ist gänzlich unfaßbar, wie das Gericht, das sonst den Debatteuren der Anklage fast hundertprozentig folgen würde, trotzdem zum Freispruch gekommen ist. Mit einer Begründung allerdings, die einer moralischen Sanktion des Herrn Franzens gleichkommt. Selbst es doch in dieser Begründung u. a., daß dem Angeklagten Franzens in diesen Dingen kein Glauben geschenkt werden könne, daß er die Beamten benutzt geschickt habe, daß er eines Vergehens und Beamtenverletzung in der Affäre Gut und der vollendeten Begünstigung überführt sei. Mit einer Begründung, die bei einer der Angeklagten wohlwollenden Zurückhaltung nicht umhin kann, festzustellen, daß der aktive Staatsminister Franzens den Polizeibeamten die Unwahrheit gesagt und sie grob getäuscht hat. Darf ein mit solchem moralischen Mafel behafteter Mensch noch Polizeiminister spielen? Ein Mann von Charakter würde von sich aus die Konsequenzen aus dem Urteil ziehen. Von Herrn Franzens ist das nicht zu erwarten.

In der Begründung des Urteils

heißt es u. a.: „Auch nach den eigenen Angaben des Angeklagten steht fest, daß er die Sachlage verschleiern wollte und an einem Verleumdungsversuch teilgenommen hat. Er hat den Polizeibeamten gegenüber Gut als den Wg. bezöge legitimiert, daran ist auch nach seiner eigenen Angabe kein Zweifel. Seine Antworten waren, auch wenn man nur seinen Angaben folgt, obgleich sie gehalten, daß sie die Beamten irreführen sollten, die Begünstigung ist auf jeden Fall erwiesen. Das Gericht ist aber über die Zugehörigkeit des Angeklagten hinausgegangen und zu der Uebertretung gekommen, daß der Angeklagte weit präziser und klarer, als er zugibt, gefragt worden ist und dementsprechend bewußt täuschend geantwortet hat. Es ist ausgeschlossen, daß die Beamten Franzens in so wichtiger Weise gefragt haben, wie er wahr machen will. Auch Gut hat vor dem Vernehmungserichter erklärt, daß Franzens ihn als bezöge bezogen habe. Hier hat er sogar ausgesprochen, daß er erkannt gewesen sei, daß der Angeklagte die Affäre nicht gleich vollständig aufgetischt habe. Die Begünstigung ist begrifflich als vollendet anzusehen, es besteht auch kein Zweifel darüber, daß der Polizeimajor Heinrich den Angeklagten nicht mißzuversteht gefragt und eine unmaßvolle Antwort erhalten hat. Es kann nicht angenommen werden, daß der Angeklagte auf der Polizeiwache die Unwahrheit gesagt hat, um nachher die Wahrheit zu sagen. Er wollte im Interesse seiner Partei den peinlichen Vorfall englisch verschleiern und klarte ihn erst auf, als er sah, daß hier nichts mehr zu retten war. Den anders lautenden Angaben des Angeklagten ist hier kein Glauben zu schenken.“

Trotzdem der Freispruch!

Hochbezahlter Nationalismus.

Der General von Madensen wird von den Faschisten und Nationalisten in Hart in den Vordergrund gehoben, daß man fast annehmen muß, daß sie ihn bei einer kommenden Reichspräsidentenwahl als Nachfolger für Hindenburg kandidieren wollen. Herr Madensen hat gemeinsam mit dem Gruppenleiter der Kriegspartei des Stahlwerks in Breslau beigetragen. Er hat auf einem Konvent in Dresden repräsentiert. Er erscheint bei rechtshaltigen landwirtschaftlichen Tagungen, um sich dort beliebt zu lassen. Das alles steht auf weissen Entfernungen nach Regie aus. Es ist jedoch nicht nur Regie, vielmehr ist bei Herrn Madensen das ein sehr lebhaftes Interesse vorhanden. Wie wir aus seiner Quelle erfahren, erhält Herr Madensen für derartige Paraden im allgemeinen ein Honorar von 1000 M. Herr Madensen bezieht vom Reich eine der höchsten Pensionen. Sein Idealismus gestaltet ihm jedoch nicht, an den nationalsozialistischen Paraden unsonst und gratis teilzunehmen. Er hält sich selbst sehr hoch im Ansehen und die Statuen müssen besagen.

Das preussische Parlament wählte den Sozialisten Weickert zum Präsidenten. Die Wahl erfolgte mit 368 gegen 2 Stimmen. Sprung vom Eiffelturm. Von der 300 Meter hohen Plattform des Pariser Eiffelturms stürzte sich, anschließend aus Wiesbaden, eine 20jährige Russin in die Tiefe und zerstückelte.

Nationalfeierntag in Frankreich.



Am den meisten Kulturländern der Welt ist der Verfassungstag der Nationalfeierntag. Er findet statt an dem Tage, an welchem die Verfassung diktiert ist. Anders ist es in Frankreich. Dort ist der 14. Juli, der Tag des Bastillenturmes, wo im Jahre 1789 die Zwangsjahre der Könige von den Truppen der republikanischen Freiheit niedergelegt wurde, der Nationalfeierntag. An diesem Tage finden in ganz Frankreich große Feiern statt, die sich besonders in Paris durch Volksfeste auf freier Straße ausdrücken. Das obige Bild zeigt eine typische Szene der Volksfreude auf dem Place vor der Pariser Börse.

Aus aller Welt

Anträge im Scheuen-Prozess.

Am Lüneburger Scheuenprozess beantragte der Staatsanwalt gegen den Initiator Straube zwei Jahre drei Monate Gefängnis, gegen die angeklagten 14 Hülfsangeklagte der Wehrgruppe Gefängnisstrafen von vier Wochen bis zu vier Monaten. Nachdem der Staatsanwalt auf die Vergehen der einzelnen Hülfsangeklagten eingegangen war, beschloß er sich ausführlich mit dem „Präsidenten" Straube, der von den unglaublichen Zuständen in Scheuen Kenntnis gehabt und sich auch selbst aktiv an ihnen beteiligt habe. Straube habe die ihm anvertrauten Jungen fittich und körperlich verkommen lassen. Die Anklage, daß sich Straube eine ihm stets gefällig „Lopfragegarde" herangeholt habe, sei ein wesentlicher Grund zur Verheerung der Scheuenkolonie gewesen. Insbesondere sei auch „das schwarze Gericht", ein System brutaler Selbstjustiz, zu beanstanden. Der wegen der Prozesse zu verurteilenden Hülfsangeklagten sei zugute zu halten, daß bei ihrer Repatriierung keinerlei Absichten eines sinnlosen Zerstückelungswillens vorhanden gewesen seien.

Zum Tode Bayerns.



Friedrich von Bayer.

Der letzte Vizelandes des Kaiserreichs, ist in Stuttgart im Alter von 85 Jahren einer Lungentrombose erlegen. Bayer stammt aus Wülbingen und gelangte schon mit 29 Jahren in den Reichstag, wo er bald als einer der aktivsten Führer der Demokraten eine große Rolle spielte. 1917/18 war er Vizelandes des Reichs, 1919 nahm er als demokratischer Abgeordneter an den Beratungen der Nationalversammlung teil.

Unbrennbares Benzingemisch? Henry Barbel, der technische Direktor der Luftfahrtfirma, hat in London mit einem Flugzeug ein, dessen benzinartiger Betriebsstoff nicht feuergefährlich sein soll. Man darf probeweise ein brennendes Streichholz in die Flüssigkeit, ohne daß es zur Explosion kam.

Gefunktener Fischdampfer. An der Nähe von Island fand der deutsche Fischdampfer „Lyr" aus Bismarck mit einem Zusammenstoß mit dem deutschen Fischdampfer „Frankfurt". Die Mannschaft konnte gerettet werden.

Ein „ei"iges Rennen. Die Londoner Jugend sah ein eigenartigen Wettkampf aus. Auf der etwa 2 Kilometer langen Strecke der Regent Street von Oxford Street bis Piccadilly Circus fand ein Wettlauf von Hunderten von Jugendlichen statt, die sämtlich auf einem Hühner ein Ei vor sich hertrugen. Der Sieger — derjenige, der zuerst am Ziel eintraf, ohne sein Ei fallen zu lassen — wurde mit einem fahrräderigen Auto, das am Ziel auf ihn wartete, befördert.

Opfer der Alpen. Durch Sturz stürzte beim Abstieg von dem Brandes Mates (Montblanc-Maffio) ein Student aus Lyon 800 m in die Tiefe und zerstückelte. — Auf dem Argentinens-Gletscher verunglückte ebenfalls der Tourist Willy.

Autofalkstrolche. In der Nähe von Alt-Detting (Oberbayern) stürzte ein mit Walfahrern besetzter Autobus eine Böschung hinunter und überfüllte sich. Fünf der Walfahrer wurden schwer, zehn leichter verletzt.

Zauberkammern-Kongress. In einem Pariser Cafe fand der Kongress der „Internationalen Kongress der Zauberkammern" statt, zu dem etwa 500 Delegierte aus Mittelamerika, Japan und anderen fernem Ländern gekommen waren. Zu dem Ausbruch gebracht Forderungen gehört u. a. ihre Zulassung zum unentgeltlichen Elementarunterricht, an dem teilnehmenden ihnen in verschiedenen Ländern, auch in Frankreich, bisher verlagert ist. Die „Debatte" beschäftigte sich weiter mit Problemen der gegenseitigen Hilfe, des Sports und der sozialen Verbesserung.

Drei Kinder verbrannt. In der Nähe von Debreczin (Ungarn) verbrannten drei Kinder im Alter von 1-3 Jahren in der abgeschlossenen Wohnung. Die Kleinen, die von den Eltern allein zu Hause gelassen worden waren, hatten mit Streichhölzern gespielt.

Ein neuer Kontinent? Im fiktionalen Ocean soll nach Mitteilung des amerikanischen Geographen Frederick W. Saxon auf der Höhe von Brasilien das Auftauchen eines neuen Kontinents festgestellt worden sein. Saxon erklärt, daß dieser neue Kontinent zunächst nur in Form von zwei Inseln sichtbar sei, aber mit weiteren entsprechenden geographischen Veränderungen wäre in kurzer Zeit zu rechnen. Man kombiniert einen Zusammenhang zwischen den letzten Erdbewegungen vor der brasilianischen Küste und dem neuen „Weltjuma".

Französisches Bergsteigenungsvergnügen. Ein Bergsteigenungsflug der Luftlinie Cannes-Paris flog am Mittwoch vormittag einige Kilometer südlich von Grenoble im dichten Nebel gegen eine Bergkette. Der Pilot und zwei Passagiere wurden getötet, zwei Insassen wurden schwer verletzt. Die vier Passagiere waren Mannesquin eines Pariser Modeshauses, die von einer Verführung der letzten Moden an der Riviera nach Paris zurückkehren wollten.

St. Philibert-Schwierigkeiten. Die Bergungsarbeiten an dem Wrack des mit 500 Menschen in der Verleumdung gefahrenen französischen Bergungsbootes „St. Philibert", die von einer Hamburger Bussefirma ausgeführt werden, schreiten nur langsam vorwärts. Die zunehmende Verwitterung bereitet große Schwierigkeiten. Ein zweites Bergungsfahrzeug ist von Hamburg unterwegs.

Glaspalast-Ergebnis. Am Mittwoch vormittag wurde im Bibliotheksgebäude des Deutschen Museums in München die „Münchener Kunstausstellung 1931" feierlich eröffnet; es handelt sich um eine Erlaßausstellung für die durch die Brandkatastrophe beendete Ausstellung im Glaspalast. Die in zwei Stockwerken des noch im Rohbau befindlichen Bibliotheksgebäudes zur Verfügung stehenden Räume sind mit fast 3000 Gemälden behängt, bei denen zum Teil erkennbar ist, daß sie aus dem Glaspalasttrümmern gerettet worden sind.

Letzte Nachrichten

(Glaube Sun- und Deutscher)

Weitere Devisenaufläufe bei der Reichsbank.

Berlin, 16. Juli. (Telum.) Wie dem DSD. bestätigt wird, haben die Devisenaufläufe am Mittwoch wiederum einen Betrag von rund 25 Millionen Reichsmark per Gold erreicht. Dabei ist zu berücksichtigen, daß dieses relativ günstige Ergebnis erzielt wurde, obwohl die Deutsche Zentralbank erstmals wieder etwas größere Devisenposten abgab, um den Käufern die Einlösung dringender Verpflichtungen gegen das Ausland zu ermöglichen.

Pariser Einigung über Panzerstoffsfrage?

London, 16. Juli. (Telum.) Wie hier gerüchelt wurde, verläuft, ist zwischen der französischen Regierung, Henderson, Simson und der italienischen Regierung eine Einigung darüber zustande gekommen, daß das französische Panzerstoffsproblem aufgegeben wird, falls Deutschland vorher sein Panzerstoffsproblem aufgibt.

Güterzug überführt Auto. — Eine ganze Familie getötet.

Wetzlar, 16. Juli. (Telum.) Am Ortsausgang bei Oberndorf an der Kreuzung der Straße Wetzlar-Brünnensbach ereignete sich am Mittwoch abend gegen 7 Uhr ein entsetzliches Autounfall. Als der Bauunternehmer Demmer mit seinem Wagen, in dem seine Familie saß, aus Braunfels kommend, die Straßenkreuzung überfuhr, wurde der Wagen von einem die Straße pflasternden Güterzug erfasst und etwa 150 Meter mitgeschleift. Das Auto wurde vollständig zertrümmert. Von den Insassen wurden der Bauunternehmer, seine Frau und zwei Kinder auf der Stelle getötet, während eine dritte Tochter so schwere Verletzungen erlitt, daß an ihrem Aufkommen gezweifelt wird. Die Untersuchung über den Hergang des Unglücks ist noch im Gange.

Die ungarischen Ozeanflieger unterwegs.

Newport, 16. Juli. (Gig. Funim.) Am Mittwoch um 15.18 Uhr Berliner Zeit fuhren von Newfundland zwei ungarische Flieger zum Nonstop-Flug nach Budapest gestartet. Das Flugzeug der Flieger Endres und Magyar führt den Namen „Berechtigter für Ungarn".

Heirats-Gesuch!
 Elektro-Ingenieur, 40 Jahre alt, 1,86 groß, schlank, dunkelblond, gesund, angenehmer Charakter, tüchtig, gut. Charakter, Witwer, 6 jähr. Sohn, gutgeh. Einkommen, l. Serie D III, in 4 1/2 wöch. Geirat ältere Mädchen oder Witwe bis zu 50 Jahren mit Vermögen, Angeb. unter R. 646 an die Geschäftsstelle d. Ztg. erbeten.

Autofur 1067

Harr-, Hochzeit- u. Kindauf-fahrten, mit elegant. 6-sitzer Adler, billigst.
 H. Wilmskötter, Roonstr. 24

So billig wie noch nie!

Lederjacken Lederwesten
 mit mittlerem Wildleder gefüttert
 45.- 59.-

Emil Plettner
 Schmiedestraße 24



Somburger Fischballe

Martinplatz 33, Telefon 2172

lebende Male u. Schiele

Ägäisch
 feine Gerichte
 ff. Ränderwaren

Neue Ränderwaren
 Weisskaffee

Rebanode (Bil.) Wifu
 jedes neu, billig zu verk.
 Dominikanerstraße 10, II, I.

Schwärz Martin-Schilde
 geg. Kunstfäden u. offene
 Seile. Weisskaffee

Morische Salbe gegen
 Wund- u. Blasenentzündung

Kats-Apotheke

Nordsee

Breitweg 40 Telefon 2500
 Morgen Freitag frische

Geefische

ff. Matjesheringe

Marinaden, Ränderwaren,
 lebende Male und Schiele

**Wasserlichte Strapazier-
 Wexer - Mäntel**
 für den Beruf

M. 22.00

Textilwarenfabrik Röber
 Halberstadt
 Ouedlinghauserstraße 98.

100 neue Betten
 für alle Zwecke, Einzel-, Doppel-,
 Kinder-, Jugend-, Militär-, Kassa-,
 Kissen-, Bettdecken, Matratzen

Achtung!

Heute frisch geschlachtet.
 Alle Sorten frische Haus-
 schlachtware:

primo Rot und Schweinart
 Pfund 80 Wfg.

pr. Gehädtes, Pfund 80 Wfg.
 prima Schwärzschinken, Pfund 80 Wfg.

Rama und Kotelett,
 Pfund 90 Wfg.

Wendfleisch, Pfund 70 Wfg.
 Freitag und Sonnabend
 von 5 Uhr ab

warmes Vötelfleisch.

H. Basse,
 Schweinefleischerei,
 Franziskanerstr. 17, Stülkfr. 2
 Fernsprecher 1718.

Der Versuch

mit einer kleinen Anzeige
 im Halberstäd. Tageblatt

ist immer lohnend

Thale a. Harz
 Verkauf
 Freitag und Sonn-
 abend

bestimmt den ganzen Tag
 frisches junges

Rindfleisch

Rochfleisch Pfund Mk. 0,70
 Schmorfleisch . . . 0,80
 Gehädtes . . . 0,80
 Gulasch . . . 0,80
 Rindfleisch . . . 1,00

Fleischereimeister
Alb. Riegeler,
 Halberstädterstraße 10/11.

3 Preise
 Freitag
 Sonnabend
 Wenn man so billig kaufen kann, soll man kaufen!

50	100	200
Kinder-Kittel Stück 50	Kinder-Pullover Stück 100	Hauskleider aus Indanthrenstoff, farbig 200
Spielhöschen Stück 50	Rollmützen die Mode Stück 100	Damen-Pullover Stück 200
Waschkleiderchen Stück 50	Damen-Stroh Hüte oder Kappen Stück 100	Kinder-Pullover Stück 200
Baskenmützen Stück 50	Wollmusseline neueste Dessins Meter 100	Knab-Waschbluse waschechte, feste Stoffe Stück 200
Kinder-Hütchen Stück 50	Seidenleinen in mod. Pastellönen, Meter 100	Damen-Strohhüte garniert Stück 200
Beiderwand gestreift für Kleider u. Schürzen, Mtr. 50	Zephir zu Sporthemden, 2,90 Mtr. 100	Foulard , reine Seide, nette Muster Meter 200
Kunstseiden bedruckt Meter 50	Lakenstoffe Hanntuch, 140 cm br., 1 Mtr. 100	Crepe de Chine reine Seide, gemustert, Mtr. 200
Rohnessel 140 cm breit Meter 50	Betttücher aus festem Nessel Stück 100	Bombier-K'seide gemustert Mtr. 200
Stubenhandtücher weiß Stück 50	Körperbarchent weiß 2,25 Meter 100	Chiffon u. Georgette reine Seide, Conpon-Reste Meter 200
Wachstuchdecken Stück 50	Badevorlagen Stück 100	Tweed zum Kleide 3 Meter 200
Staubtücher gelb 4 Stück 50	Federn weiß Pfund 100	Voile , 120 cm breit, garniert, z. Kleide, 3 Meter 200
Milieux bunt Stück 50	Kaffeedecken indanthren Stück 100	Indanthrenstoffe 3 Meter 200
Decken gezeichnet oder garniert Stück 50	Schürzenstoffe 110 cm breit, 1,25 Meter 100	Nessel , farbig indanthren, zum Kleide 3 Meter 200
Nesselschürzen f. Kinder, gezeichnet, Stück 50	Damen-Schürzen Jumperform Stück 100	Kunstseiden bedruckt 3 Meter 200
Kinder-Schürzen Stück 50	Dam.-Badeanzüge Stück 100	Makobalist , 4 Mtr. farb. indanthren oder weiß 200
Kind.-Badeanzüge Stück 50	Decken vorgezeichnet Stück 100	Eleg. Trägerhemd m. Handhohlsaum u. Klöppel 200
	Damen-Hemden reich garniert Stück 100	Dam.-Nachthemden mit buntem Besatz, Klöppel- spitze Stück 200
	5 Wischtücher kariert 100	

50	100	200
Badehauben Stück 50	Modern. Lackgürtel breit Stück 100	Dam.-Unterkleider K'seide m. br. Spitze, Stück 200
Damen-Strümpfe Mako od. Seidenlör Paar 50	Store-Meterware ganz modern Meter 100	Damen-Strümpfe Seide plattiert, 4fach ver- stärkt Paar 200
Damen-Sport- strümpfe Paar 50	Dekorationsstoffe Kunstseide Meter 100	Herren- Sportstrümpfe mit elastischem Rand, Paar 200
Tennis-Söckchen Paar 50	Marquissette 150 cm, für Gardinen, mit k'leidenen Streifen Meter 100	Sofaschoner mit Franse Stück 200
Scheibengardinen Paar 50	Bettvorleger gestreift Meter 100	Landhaus-Gardinen 10 Meter 200
Fenster Spitzen 2 Meter 50	Wachstuchdecken abgefärbt Stück 100	Guter Läuferstoff Meter 200
Zugvorrichtung verstellbar doppel, Stück 50	Paradekissen reich garniert Stück 100	Kaffeedecken gezeichnet, 130x130 cm 200
Landhausgardinen farbig gestreift Meter 50	Herren-Mako-Hosen Stück 100	Damen-Nesselkleid gezeichnet 200
Stickereien 4 cm breit 2 Meter 50	Herren-Hosenträger in Gummi Paar 100	Kleiderspitzen 45 bis 60 cm breit 200
Klöpplspitzen od. Einsätze 4 Meter 50		Herren-Barchent- Hemd gestreift, beste Oual. 200

3 Preise in unserer Damen-Konfektion

300	500	700
1 Sortiment Damenblusen Stück 300	Frauen- Kleider schwarz- gemustert, extra weit Stück 500	Damen- Sport-Kleider aus Seiden-Leinen 700
Sportkleider aus guten Wachstoffen Stück 300	Kinder- Mäntel aus Ia. reinwollenen Stoffen 500	Charmeuse- Kleider mit langem Arm 700
Knaben-Waschanzüge beste Qualität Stück 300		
Kinder-Strickkleider Stück 300		

ERBSTEIN



Abwechslung schafft Gesundheit!
 Bei der Erweiharmen Salat- und Gemüsekost bildet Käse als Ergänzung die Grundlage zu einer vernünftigen Ernährungsweise. Deshalb recht viel Käse essen!

- Wohlkäse 5 St.-Rolle 40 Pf.
- Käse, Gammelform Stück 22 Pf.
- Schiff-Gammelform Stück 20 Pf.
- Harzkäse 10 Stück 15 Pf.
- Harzer Spitzkäse Stück 7 Pf.
- Landkäse, gr. runde Stck. 9 Pf.
- Limburger, halbl. 1/2 Pf. 10 Pf.
- Edamer, halbl. 1/2 Pf. 15 Pf.
- Edamer, vollf. 1/2 Pf. 22 Pf.
- Tilsiter, halbl. 1/2 Pf. 19 Pf.
- Tilsiter, vollf. 1/2 Pf. 25 Pf.
- Schweizer, vollf. 1/2 Pf. 22 Pf.

Alle Preise mit 5% Rabatt in Marken auf den vollen Einkaufsbetrag.

Naverma

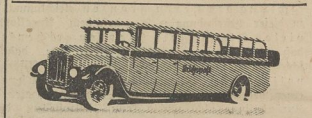
verkauft sehr viel Käse!

... und der **„Wahre Jacob“** erscheint 14täglich (Freitags) zum Preise von nur 30 Pfg. Bestellungen sind an unsere Zeitungsträgerinnen zu richten

Schweine-Verfänger-Berein a. G.

am Halberstadt.

Sonnabend, 18. Juli 1931, abends 8 Uhr, findet im Restaurant „Zum goldenen Ring“, Bakenstraße 75, unsere **„Diesjährl. Jahresversammlung“** statt. Tagesordnung:
 1. Geschäftsbericht, 2. Rechnung, 3. Beschluss über einen Vorstandsmitglied und Wähler, 4. Verabschiedung der Vereinsmitglieder, 5. Verschiedenes.
 Um zahlreiches Erscheinen bittet Der Vorstand.



Kraftpost-Sonderfahrten

- Sonnabend, den 18. Juli 1931: **Kyffhäuser.** Abfahrt 7,30 Uhr. Preis 6,50 RM.
- Montag, den 20. Juli 1931: **Wiesenbecker Teich** Abfahrt 7,30 Uhr. Preis 6,00 RM
- Montag, den 20. Juli 1931: **Wartenberg.** Abfahrt 14 Uhr. Preis 2,00 RM.
- Dienstag, den 21. Juli 1931: **Elm.** Abfahrt 13,30 Uhr. Preis 3,50 RM.
- Mittwoch, den 22. Juli 1931: **Nordhausen.** Abfahrt 7,30 Uhr. Preis 6,50 RM.
- Mittwoch, den 22. Juli 1931: **Selketal** Abfahrt 14 Uhr, Preis 3,- RM.

Karten im Vorverkauf im städt. Verkehrs- und Wirtschafts-Amt, Holzmarkt 11.

Rote Kreuz-Geld-Lose

Ziehung: 17. - 20. Juli
 zu Mk. 3.30

Ständiger
 Gott.-Einnahme **Strobach, Rühlingerstraße 3**

Schwimmer-Klub-Kampff
Wiener-Athletik-Club
 (Oester. Wasserballmeister)
Sport 1912
 am 17. Juli 1931, pünktl. 19.30 Uhr im Sommerbad Staßfurt, Einzelnen, Wasserball. Eintrittspreis: Erwachsene 40 Pfg., Jugend und Erwerbslose 20 Pfg.

deutsche Frischei

Dieser Stempel bürgt für Qualität. Zu haben in allen in 10 1/2 Literigen Gefäßten Eier- und Gefäßtelverwertung **„Nordharz“** Halberstadt, Am Süd Nr. 11 Fernruf 2235

Geschäfts-Übernahme.

Übernahme mit dem heutigen Tage des **Obst- u. Gemüsegeschäft** von Herrn Kurt Widel, Wein-garten 16, und alle, auch mit dem Sortiment entsprechende, Waren betreiben ist, immer frische und billige Ware zu liefern.
Heinrich Leiste.

Der Wernigeröder Etat.

Die Beratungen im Stadtparlament.

Entscheidend beeinflusst ist die diesjährige Etat durch die Wohlfahrtspflege.

In ungeachter Weise haben sich die Ausgaben erhöht. Während im Jahre 1930 752 424 Mark angelegt wurden, sind je infolge der anhebenden Erwerbslosigkeit auf 1 026 088 Mark gestiegen. Das ist eine Steigerung um rund 274 000 Mark oder um 36,4 Prozent. Am 1. Juli 1931 sind gemäß als Hauptunterstützungsempfänger in der Erwerbslosenerziehung 1307 Personen mit 888 Angehörigen, 576 Ausgewiesene mit 1454 Angehörigen, 92 in der allgemeinen Fürsorge befindliche Personen mit 40 Angehörigen, 220 Stenotyper und 312 Stenotypisten mit zusammen 214 Hilfsbeschäftigten, so daß insgesamt 2507 Hauptunterstützungsempfänger gezählt wurden mit 2596 Angehörigen. Das sind 5103 Personen oder 21,7 Prozent der Bevölkerung, die von Unterhaltungen leben müssen oder in 7100 Haushaltungen mit 23 600 Einwohnern, leben 5103 Personen, die Unterhaltungen beziehen oder 35,3 Prozent der Haushaltungen in der Stadt sind am Besuche von Unterhaltungen beteiligt.

Der Reichsratsschmitt der Unterhaltungen beträgt pro Kopf der Bevölkerung 592 Mark. In Wernigerode beträgt er infolge der hohen Zahl der Hilfsbeschäftigten mehr als 800 Mark. Die wohnstätten Unterhaltungsarbeiten besitzern sich in der Stadt auf rund 25 000 Mark. Die Zahl der Arbeitsuchenden beträgt 2564. Die Jahresleistung der Wohlfahrtspflege in der Stadt aus der Unterhaltung in der Erwerbslosenerziehung, ist so hoch, wie der gesamte Jahreslohn von 500 vollbeschäftigten Eisenarbeitern der Eisenindustrie des Nordharz-Gebietes zwischen Wernigerode und Hildesburg.

Während im Etat auf 1000 Einwohner durchschnittlich 18,6 Wohlfahrtsvermögenslose entfallen, werden hier 40,9 errechnet. Der wohnstätten Unterhaltungsaufwand wird in der Provinz Sachsen auf 11,9 im Reiche auf 12,4 berechnet, in der Stadt Wernigerode auf 16,1.

Was wir in der Wirtschaft verloren haben, soll noch mit ein paar Zahlen nachgewiesen werden: eine Eisenindustrie mit insgesamt 600 Beschäftigten, die Schotoladenindustrie mit annähernd 600, die Holz- und Papierindustrie infolge ihrer Einschränkungen ließ rund 300 Arbeiter ausfallen, die Steinindustrie liegt mit mehr als 500 Arbeitern brach, im Baugewerbe und in sonstigen anderen Gewerbebetrieben rufen rund 400 Arbeiter, so daß sich die Zahl von rund 2500 Beschäftigten ergibt.

Außer den Steuern, deren reichsgerichtliche Bindung angegeben ist, stehen noch wesentliche Einkünfte aus der Veräußerung der öffentlichen Werte zur Verfügung. Es wird mit der Lebensversicherung von Lebensversicherungen aus den öffentlichen Werken in Höhe von etwa 220 000 Mark gerechnet. Die zur Ausgleichung des Etats unbedingtes Erfordernis sind.

Die Sparfassenüberschüsse sind gegenüber 1930 mit 52 000 Mark in diesem Jahre mit 18 000 Mark in Einnahme gebracht und werden gemäßigten Zwecken zugeführt.

Steuerverwaltung

Sind mit 1 306 522 Mark in Ansatz gebracht gegenüber 1333 845 Mark im Jahre 1930. Die Kreisumlage ist gestiegen von 122 758 Mark auf 212 622 Mark, also um fast 90 000 Mark. Eine Folge der erhöhten Fürsorgekosten. Die Wohnungsteuer fante sich von 370 170 Mark auf 247 140 Mark, also um 123 030 Mark; die Lebensversicherungen aus der Reichseinkommensteuer sind gestiegen von 344 664 Mark auf 259 247 Mark, demnach um 85 417 Mark. Das Hausinsolvenzverfahren für das Jahr 1930 mit 880 181 Mark berechnet, für das Jahr 1931 kann nur mit 612 573 Mark gerechnet werden. Dem Wohnungsaufwands zur Vergütung von Hausinsolvenzverfahren kommen im Jahre 1930 294 092 Mark zugeführt werden, so daß zusätzlich der Lebensversicherungen aus dem staatlichen Wohnungsfürsorgekosten 354 092 Mark zur Verfügung standen oder pro Kopf der Bevölkerung 15,02 Mark. Für das Jahr 1931 sind über 50 Prozent

weniger Mittel verfügbar, nämlich nur 102 778 Mark plus 40 000 Mark aus dem staatlichen Fonds, zusammen 142 778 Mark oder 6,34 Mark pro Kopf der Bevölkerung. Das kann auch nicht anders sein, wenn man berücksichtigt, daß rund 2800 Minderträge auf Ermäßigung bzw. Erlaß der Hausinsolvenzverfahren laufen, d. h. von den gesamten Haushaltungen in der Stadt haben 39,4 v. H. die Erhebung der Hausinsolvenzsteuer mit dem Einhalt der Mindertragzahlung beantragt. Es mag in diesem Zusammenhang auch mitgeteilt sein, daß seit dem Jahre 1928 71 Hausinsolvenzverfahren für 224 Wohnungen vergeben sind.

Bei den Realsteuern ist die Ermäßigung auf den Landesfuß gemäß der Verordnung zur Durchführung der Realsteuerentlastungen erfolgt. Die Zusammenstellung der einzelnen Abzweigungen des Hauptetats ergibt nun einen Fehlbetrag von 387 217 Mark.

Der Vorschlag des Magistrats zum Ausgleich des Etats.

Der Magistrat beantragt daher: Die Stadtvorordneten-Versammlung wolle beschließen:

1. Der Haushaltsplan für das Rechnungsjahr 1931 wird in Einnahme auf 3 308 519 Mark und in Ausgabe auf 3 695 736 Mark festgelegt;
2. der Fehlbetrag in Höhe von 387 217 Mark wird nach den Vorschlägen des Magistrats vom 2. und 9. Juli 1931 aufgehoben;
3. die seit dem 1. 11. 1930 geltenden Besteuerungsätze werden verdoppelt und erhoben und der Nachtrag zur Biersteuerordnung wird genehmigt;
4. die Bürgersteuer wird mit einem Zuschlag von 100 Prozent erhoben, also das Doppelte des Landesfußes;
5. die Getränkesteuer wird eingeführt und die vorliegende Getränkesteuerordnung genehmigt;
6. für das Rechnungsjahr 1931 werden erhoben:

- 300 Prozent Gemeindefürsorge der Stadt veranlagten Grundvermögenssteuer vom bebauten Besitz und
- 250 Prozent Gemeindefürsorge vom unbebauten Besitz,
- 540 Prozent Gemeindefürsorge vom Ertrage und
- 648 Prozent Gemeindefürsorge vom Ertrage für die Zirkulan, 1200 Prozent von der Lohnsumme und
- 1440 Prozent von der Lohnsumme der Zirkulan.

Aus der Beratung der Einzelhaushaltspläne wollen wir nur einige besonders hervorheben. Stadtv. Wenzel beantragte, die Aufwandsentschädigung des ersten Bürgermeisters zu streichen. Diesen Antrag gab der Stadtvordereinstimmig zur Abstimmung nicht frei, da er gesetzlich unzulässig ist. Genosse Niemann beantragte die gefällige, persönliche Art, die in der Stellung eines beratenden Mitgliedes liegt. Stadtv. Wenzel erinnert den Stadtv. Wenzel daran, daß er selber Mitglied des Besetzungsausschusses gewesen sei und daß er damals der Regelung, wie sie der Regierungskommission vorgelegt habe, zugestimmt habe. Beschlossen wurde, in der Finanzdeputation eine Ausprache über die Magistratsgehälter herbeizuführen.

Beim Etatplan „Bekanntmachungskosten“ beantragt Stadtv. Reichmann, die amtlichen Bekanntmachungen nur in den in Wernigerode gedruckt werdenden Zeitungen zu veröffentlichen, was den

Genossen Niemann veranlaßt, in aller Schärfe gegen den Stand, die Arbeiterkraft zu zwingen, ein gemeinsames Amt zu setzen, zu protestieren. Stadtv. Wenzel (KPD.) will die amtlichen Bekanntmachungen auch in der „Tribüne“ veröffentlicht wissen. Alle Vorschläge werden abgelehnt, es bleibt bei dem bisherigen Zustand.

Der Ablehnung verfallt auch der Antrag des Stadtv. Wenzel, die 75 RM für den „Wohnschicksalbaum für Alle“, der alljährlich auf dem Rathausplatz aufgestellt wird, an Bedürftige zu verteilen. Gleichfalls abgelehnt wird der Antrag Bonag, 700 RM einzulapieren bei den Mitgliederbeiträgen bei Vereinen und Verbänden. Angezogen wird der Antrag, im nächstjährigen Etat diese Summe einzulapieren.

Ueber die Frage, ob in Wernigerode eine Wohnungsnote noch herrsche, entpuppt sich beim Kapitel Wohnungsamt eine lebhaft ausgeführte, die auf der einen Seite von den Stadtv. Wenzel und Reichmann und auf unserer Seite mit Unterstützung von den Genossen Otto und Godecke geführt wurde. Gegen die Ansicht der bürgerlichen Vertreter, daß hier keine Wohnungsnote herrsche, weil im Jahre 4000 bis 5000 Fremde hier noch untergebracht wurde, wurde der Nachweis geführt, daß Familien noch in Stallgebäuden und Balkhöfen untergebracht sind!!!

Beim Polizeietat wird die Stelle eines zweiten Polizeimeisters gestrichen, nachdem vorher noch festgestellt wurde, daß der Finanzbezogenheit die weiter vorgesehenen 2 neuen Polizeibeamteten stellen gestrichen habe.

Der Antrag Wenzel, den drei Hauswarten im König-Feterabendhaus, im Stift Hofstein und im städtischen Jugendheim zu kündigen, wird mit knapper Mehrheit angenommen. Die weitere Prüfung der Angelegenheit wurde dem Magistrat im Einvernehmen mit der Finanzdeputation übertragen.

Dem Antrag des Stadtv. Reichmann für die Volkshilfe feinerlei Neuaufstellungen an Bisher mehr zu machen, trat der Gen. Godecke entgegen, da bei der großen Arbeitslosigkeit das Geldbedürfnis in diesen Schichten bedrückend werden müsse. Der Magistrat sagte zu, den Etatplan von 2000 M herabzudrücken.

Die Ausprache über die weiteren Etatpostitionen geht nicht bis 21 Uhr hin, ehe die Einzelberatung zu Ende ist. Dann wird der Kampf um die Deckungsquelle des Magistrats aufgenommen. Angenommen wurde, bei einer 50 Prozent-Anleihe weitere Streichungen in Höhe von 20 407 M vorzunehmen, außer den bereits im Laufe der Beratungen vorgenommenen Streichungen. Um 52 920 M wurden die Einnahme-Einlage bei 8 Abteilungen erhöht. Anfolge der Notverordnung können an unferen Etatpostitionen der Betrag von 22 585 M noch gestrichen werden. Durch eine andere Verteilung der Sparfassenüberschüsse können an eingeleiteten Etatpostitionen weitere 15 000 M erpariert werden. Eine weitere Einsparung ergibt sich durch die Notverordnung infolge der Senkung der Gehälter in Höhe von 35 000 M.

Die Verdoppelung der Steuerlast der Biersteuer und die Neu-einführung der Getränkesteuer wurde einstimmig abgelehnt.

Die von Magistrat vorgelegten Haushaltspläne und die Vorschläge zur Festlegung der Gemeindefürsorge für 1931 wurden, dann einstimmig in der vorgelegten Form festgelegt und beschlossen, wobei der Fehlbetrag sich um die Summe verringert, die noch während der Beratung gestrichen wurden.

Stadtv. Erichsen tritt dann wieder sein Stetienpferd, die Herabsetzung der drückenden und überhöhten sozialen Lasten, und vertieft sich zum Ausdruck, daß seit 13 Jahren „die Demokratie als die organisierte Dummheit in höchsten Potenzen“ herrsche. Gen. Otto fernschied dieses Verhalten als „Mittelvertreter, der selber sozial verdient, daß er nicht Krankelementen zu sein braucht, der aber immer von den hohen Krankenfällenbeiträgen lebt.“

Es entpuppt sich wieder, durch die Nationalsozialisten hervorgerufen, eine Debatte über die Reichspolitik. Obwohl die Abstimmung über den Haushaltsplan abgelehnt wurde, hatten die Vertreter des „Bürgerblock“ den Sitzungssaal verlassen. Da auch die Vertreter von „Stadtmohr“ und auch die Nationalsozialisten den Saal verlassen hatten, mußte um 22,15 Uhr die Sitzung wegen Beschlussunfähigkeit geschlossen werden.



Spättinghof.

Roman v. R. v. d. Eider.

„Kommt man hier herum nach Mamfell Goos, Nachbar?“ „Jawohl, Nachbar, dort hinter den Büumen liegt Spättinghof; dort wohnt Mamfell Goos. Gehn Sie durch das Heu und dann man immer die Kritik entlang, dann sind Sie gleich da.“

Die beiden Männer, die sich hier an einem schönen Sommermittag auf dem Wihwörter Dorfweg trafen und Nachbar anreden, hatten sich noch nie in ihrem Leben gesehen und würden sich vielleicht, wenn sie nach wenigen Minuten auseinander gingen, nie wiedersehen. Wenn sie sich vorher Nachbar nannten, so geschah es, weil es für sie, in ihrem Stande, keine andere Anrede gab; denn die Anrede „Herr“ war nur für höherbelegte Personen. Aber den Arbeiter-„Herr“ war nur für höherbelegte Personen. Aber den Arbeiter-„Herr“ war nur für höherbelegte Personen. Aber den Arbeiter-„Herr“ war nur für höherbelegte Personen.

Hier, in diesem mittelalterszeitlichen Marktstädtchen, gingen zwei Menschen, wenn sie sich oft einmal in die Augen gesehen hatten, nicht nach zehn Worten auseinander; man mußte meistens das Woher und Wohin und das Warum und Wozu erwähnen. So blieben sie denn stehen, zogen an ihren kurzzeitigen Pfeifen und sahen sich an, der eine, als ob er etwas fragen, der andere, als wenn er noch etwas fragen wollte.

„Sie waren verflochten an Alter, Größe und Aussehen. Der Fremde, ein kleiner Mann mit blondem Haar und Kinbart und schiefen braunen Augen, trug einen Rock und trotz der Wärme ein Tuch um den Hals; der andere ein alter, großer Mann mit grauem Haar, ging in Hemdsärmeln und trug über die Schulter einen Spaten.“

Der Kleine hüftete und wuschte sich mit einem rotbaumwollenen Tuch den Schweiß von der Stirn.

„Es ist heiß heute, Nachbar.“

„Ja, Nachbar, die Sonne meint's gut!“

„Sie wollen wohl Trientleschen besuchen?“ fragte der Alte, während er den Spaten vor sich in die Erde stieß und sich auf den Griff lehnte.

Der andere machte ein graues Gesicht. „Besuchen just nicht, ich komme von ihrer Schwester Annagret aus Mamfell.“

„Von Annagret? Was macht sie? Ist sie gutzumege?“

„Sie ist tot, lieber Gottes!“

„Tot? Was Sie sagen! So jung noch und war jo 'ne schmude Deern, die schmudde in ganz Wihwörter. Biet gut sie woch nicht in ihrem Leben gehabt. Ach hab's immer gelacht, mit dem Knecht, dem schwarzen Jatz (Witzling für Jafas) hätte sie nicht von Spättinghof heruntergehoben lassen. Er war kein Quatsch.“

„Ne, er war kein Quatsch!“ bestätigte der andere kopfnickend.

„Aber er hatte es in seinem Axt!“ Er bräuchte die Weiber hoch anzugucken, dann waren sie rein weg, ließen alles stehen und liegen. Na, hier hier hat er auf den Hof gepflanzet, und als die Spekulation vertehrt ging und der alte San Goos Annagret vom Hofe jagte, da war dem Pott ein Ohr ob.“

„Sie hat es wohl recht schön gehabt bei ihrem Mann?“

„Ja, ja sie mußte ran. Immer wachend und nähen für andere Leute bis in die Nacht hinein, bis sie die Schwindknecht kriegte. Zwei Jungen kamen aus dazu, und er lag den ganzen Tag im Krug, spielte Karten und trant. Na, er hat sich am Ende totgegelten, und sie, ja, sie kann nun auch ausruhen. Es ist ihr zu gönnen; da oben wird sie es wohl besser haben.“

„Wie lange ist sie schon tot?“

„Seit letzten Sonntag, Am Dienstag haben wir sie begraben.“

„Ach hatte schon gleich vorgeschlagen an Mamfell Goos, daß ihre Schwester gelobten wäre; aber die ist nicht gekommen und hat gar nichts von sich hören lassen. Nun meine unsre Pflanz, ich sollte man selbst hergehen und sehen, was Kräm ist.“ Sie mußte doch die beiden Jungs von ihrer Schwester zu sich nehmen. Aufstund sind sie bei mir; wir wohnen nämlich Haus an Haus mit Annagret. Aber wir haben es man selbst knapp.“

„Ja, von Rechtswege müßte Trientleschen die Kinder wohl nehmen, aber ich glaube, sie ist nicht gut auf die Sippligkeit von ihrer Schwester zu sprechen. Sie war es ja, die den Alten aufgehört, daß Annagret vom Hofe mußte.“

„War nicht auch ein Sohn da?“

„Der, der Peter. Das war ein guter Junge, wenn der noch lebte! Aber der arme Junge mußte ja festlich mit gegen die Franzosen. Da ist er gestorben. Fünf Jahre werden es gerade.“

„Das ist traurig.“

„Ja, da triegte natürlich Mamfell allein das Regieren. Peter hatte Annagret noch immer mal was geschickt, was ihr zu hüfte fan, hier mal 'n Sod Kartoffeln und da mal 'n funder Lorz oder mal 'n Seitenstück Sped vom Ginkelschaden. Das war mit einmal aus und vorbei. Mamfell wollte nichts von ihrer Schwester wissen.“

Die wollte alles für sich behalten; das raffigere Mensch konnte den Schaden nicht voll genug kriegen.“

„Na, der Hof sieht nicht zum besten aus.“

„Nicht wahr? Das soll nun ein Wirtshof sein! Ist es nicht Einde und Schande, 'nen fetten Wirtshof so zu unterrichten? — Da wird kein Wirt aufgehen; da wird kein Weg ran gemacht, kein Graben geleitet, kein Baum beschützt. Das macht alles ins Wilde. Eine polnische Wirtshof! — Sehn Sie sich mal die Spättinge an. Solche Wiesen gibt's in ganz Schleswig-Holstein nicht mehr. Sie werden wohl erst halber grün, weil sie im Frühjahrs festkaltfenniglich zu sein braucht, der aber immer von den hohen Krankenfällenbeiträgen lebt.“

„Sie entpuppt sich wieder, durch die Nationalsozialisten hervorgerufen, eine Debatte über die Reichspolitik. Obwohl die Abstimmung über den Haushaltsplan abgelehnt wurde, hatten die Vertreter des „Bürgerblock“ den Sitzungssaal verlassen. Da auch die Vertreter von „Stadtmohr“ und auch die Nationalsozialisten den Saal verlassen hatten, mußte um 22,15 Uhr die Sitzung wegen Beschlussunfähigkeit geschlossen werden.“

„Sie hat es wohl recht schön gehabt bei ihrem Mann?“

„Ja, ja sie mußte ran. Immer wachend und nähen für andere Leute bis in die Nacht hinein, bis sie die Schwindknecht kriegte. Zwei Jungen kamen aus dazu, und er lag den ganzen Tag im Krug, spielte Karten und trant. Na, er hat sich am Ende totgegelten, und sie, ja, sie kann nun auch ausruhen. Es ist ihr zu gönnen; da oben wird sie es wohl besser haben.“

„Wie lange ist sie schon tot?“

„Seit letzten Sonntag, Am Dienstag haben wir sie begraben.“

„Ach hatte schon gleich vorgeschlagen an Mamfell Goos, daß ihre Schwester gelobten wäre; aber die ist nicht gekommen und hat gar nichts von sich hören lassen. Nun meine unsre Pflanz, ich sollte man selbst hergehen und sehen, was Kräm ist.“ Sie mußte doch die beiden Jungs von ihrer Schwester zu sich nehmen. Aufstund sind sie bei mir; wir wohnen nämlich Haus an Haus mit Annagret. Aber wir haben es man selbst knapp.“

„Ja, von Rechtswege müßte Trientleschen die Kinder wohl nehmen, aber ich glaube, sie ist nicht gut auf die Sippligkeit von ihrer Schwester zu sprechen. Sie war es ja, die den Alten aufgehört, daß Annagret vom Hofe mußte.“

„War nicht auch ein Sohn da?“

„Der, der Peter. Das war ein guter Junge, wenn der noch lebte! Aber der arme Junge mußte ja festlich mit gegen die Franzosen. Da ist er gestorben. Fünf Jahre werden es gerade.“

„Das ist traurig.“

„Ja, da triegte natürlich Mamfell allein das Regieren. Peter hatte Annagret noch immer mal was geschickt, was ihr zu hüfte fan, hier mal 'n Sod Kartoffeln und da mal 'n funder Lorz oder mal 'n Seitenstück Sped vom Ginkelschaden. Das war mit einmal aus und vorbei. Mamfell wollte nichts von ihrer Schwester wissen.“

Die wollte alles für sich behalten; das raffigere Mensch konnte den Schaden nicht voll genug kriegen.“

„Na, der Hof sieht nicht zum besten aus.“

„Nicht wahr? Das soll nun ein Wirtshof sein! Ist es nicht Einde und Schande, 'nen fetten Wirtshof so zu unterrichten? — Da wird kein Wirt aufgehen; da wird kein Weg ran gemacht, kein Graben geleitet, kein Baum beschützt. Das macht alles ins Wilde. Eine polnische Wirtshof! — Sehn Sie sich mal die Spättinge an. Solche Wiesen gibt's in ganz Schleswig-Holstein nicht mehr. Sie werden wohl erst halber grün, weil sie im Frühjahrs festkaltfenniglich zu sein braucht, der aber immer von den hohen Krankenfällenbeiträgen lebt.“

„Sie entpuppt sich wieder, durch die Nationalsozialisten hervorgerufen, eine Debatte über die Reichspolitik. Obwohl die Abstimmung über den Haushaltsplan abgelehnt wurde, hatten die Vertreter des „Bürgerblock“ den Sitzungssaal verlassen. Da auch die Vertreter von „Stadtmohr“ und auch die Nationalsozialisten den Saal verlassen hatten, mußte um 22,15 Uhr die Sitzung wegen Beschlussunfähigkeit geschlossen werden.“

„Sie hat es wohl recht schön gehabt bei ihrem Mann?“

„Ja, ja sie mußte ran. Immer wachend und nähen für andere Leute bis in die Nacht hinein, bis sie die Schwindknecht kriegte. Zwei Jungen kamen aus dazu, und er lag den ganzen Tag im Krug, spielte Karten und trant. Na, er hat sich am Ende totgegelten, und sie, ja, sie kann nun auch ausruhen. Es ist ihr zu gönnen; da oben wird sie es wohl besser haben.“

„Wie lange ist sie schon tot?“

„Seit letzten Sonntag, Am Dienstag haben wir sie begraben.“

„Ach hatte schon gleich vorgeschlagen an Mamfell Goos, daß ihre Schwester gelobten wäre; aber die ist nicht gekommen und hat gar nichts von sich hören lassen. Nun meine unsre Pflanz, ich sollte man selbst hergehen und sehen, was Kräm ist.“ Sie mußte doch die beiden Jungs von ihrer Schwester zu sich nehmen. Aufstund sind sie bei mir; wir wohnen nämlich Haus an Haus mit Annagret. Aber wir haben es man selbst knapp.“

„Ja, von Rechtswege müßte Trientleschen die Kinder wohl nehmen, aber ich glaube, sie ist nicht gut auf die Sippligkeit von ihrer Schwester zu sprechen. Sie war es ja, die den Alten aufgehört, daß Annagret vom Hofe mußte.“

„War nicht auch ein Sohn da?“

„Der, der Peter. Das war ein guter Junge, wenn der noch lebte! Aber der arme Junge mußte ja festlich mit gegen die Franzosen. Da ist er gestorben. Fünf Jahre werden es gerade.“

„Das ist traurig.“

„Ja, da triegte natürlich Mamfell allein das Regieren. Peter hatte Annagret noch immer mal was geschickt, was ihr zu hüfte fan, hier mal 'n Sod Kartoffeln und da mal 'n funder Lorz oder mal 'n Seitenstück Sped vom Ginkelschaden. Das war mit einmal aus und vorbei. Mamfell wollte nichts von ihrer Schwester wissen.“

(Fortsetzung folgt.)

WERNIGERODE

Die Bedürftigkeitsprüfung. Wie die Notverordnung angewandt wird.

Die Bestimmungen der Notverordnung über die Einschränkung der Arbeitslosenfürsorge stellen die Arbeitsämter vor schwierige und verantwortungsvolle Aufgaben. In ihre Hand ist vor allem das Wohl und Wehe der 600 000 jugendlichen Erwerbslosen gelegt, über deren Schicksal der nüchternste Satz der Notverordnung steht: Im § 87 Absatz 2 treten an die Stelle der Worte „16 Lebensjahr“ die Worte „21 Lebensjahr“. Der Nachweis der Bedürftigkeit der bisher nur bei den bis 16jährigen zum Empfang der Unterstützung notwendig war, muß jetzt bis zu 21 Jahren erbracht werden, und das bedeutet ebenso wie die neue Prüfung der Bedürftigkeit bei Ehefrauen eine starke Belastung der Arbeitsämter.

An einer Konferenz der Leiter dieser Ämter, die dieser Tage stattgefunden hat, wurden die Richtlinien für die Praxis der Bedürftigkeitsprüfung festgelegt. Die ursprünglich aufgestellte humane These, daß nicht der jugendliche Arbeitslose seine Bedürftigkeit, sondern das Arbeitsamt die Lebensfähigkeit der Unterstützung nachzuweisen hätte, — ähnlich wie vor Gericht nicht der Angeklagte seine Unschuld, sondern das Gericht die Schuld zu beweisen hat — wird nicht rein durchgeführt. Die Prüfung erfolgt auf Grund von Fragebogen, die den Erwerbslosen vorgelegt und die dann einer zweifachen Kontrolle unterzogen werden. Erst wenn Unstimmigkeiten aufgefunden werden, werden Prüfer in die Wohnungen entsandt, um, ähnlich wie die Beauftragten der städtischen Wohlfahrt Besprechungen anzustellen.

Dabei kommt man von dem von der Notverordnung beabsichtigten tabulierten Unterstützungssatz wieder ab. Wenn beispielsweise der Vater des jugendlichen Erwerbslosen zwar eine Stellung hat, aber doch nicht so viel verdient, um die Ehefrau und die weiteren Kinder ernähren zu können, so wird dem jugendlichen Arbeitslosen nicht die ganze bisherige Unterstützung genommen, sondern nur ein Teil. Diese Einschränkung von Fall zu Fall haben die Folge, daß die Arbeitsämter eine unermesslich große Arbeit über die jugendlichen bedürftigen, hängen diese Fälle nun ganz von der milden oder scharfen Beurteilung der wirtschaftlichen Verhältnisse ihrer Familien ab.

— Coblenzhauszahlung in Wernigerode sichergestellt. Besten nachmittag fand im Götzhilfen Haus eine Sitzung der Vertreter der hiesigen Banken, Sparkassen, der Organisationen der Arbeitnehmer, der Arbeitgeber, des Handels, und des Gemeindefrats. Es wurde festgestellt, daß die Gelder für die Lohnzahlungen, für die Wohlfahrts-erwerbslosen-Unterstützungsempfänger sichergestellt sind und zur Auszahlung kommen. Für Bargeldabhebungen sollen die Verfügungen von Heinen aufkommen 20 Prozent, für die von mitreihen in Höhe von 10 Prozent und die von großen Guthaben von 5 Prozent zur Auszahlung kommen. Anzahlungen müssen unter allen Umständen vermieden werden, weil dadurch die Bestandszahlungen gefährdet werden.

— Vertrauensmänner der Gewerkschaften. Im Auftrage über die Bestandsfrage zu geben, werden die Vertrauensmänner der gewerkschaftlichen Organisationen an allen Betrieben erlucht, heute abend 20 Uhr im Gewerkschaftshaus zu einer wichtigen Sitzung zu erscheinen.

— F. E. Sportfreunde Wernigerode. Am 18. und 19. Juli feiert Fußballklub Sportfreunde das 10. Stiftungsfest. Eingeladet wird das Fest am 18. Juli durch ein erstklassiges Spiel Sportfreunde 1. gegen VfB. Magdeburg 1. Am 19. Juli, Ab 20 Uhr findet im Gewerkschaftshaus „Monopol“ großer Saal das Benefizkonzert statt, bestehend aus Konzert, Ball und tanzmusikalischen Vorführungen. Sonntag ab 9 Uhr finden Fußballspiele der unteren Mannschaften statt, ab 14 Uhr Spiele der ersten Klasse. Gegner, wie Freie Turner Alsterhausen, VfB. Magdeburg, Burgund Halberstadt und Eintracht Wetzlar, sind verpflichtet. Da die Eintrittspreise sehr niedrig gehalten sind, ist ein Besuch bei allen Veranstaltungen zu empfehlen.

— Reichsbund der Kriegsgeldbesitzer. Die Ausmusterung der letzten Notverordnung machen es erforderlich, daß sich alle Mitglieder des Reichsbundes der Kriegsgeldbesitzer am Sonnabend, den 18. Juli, 20 Uhr, im Spitzsaal des Gewerkschaftshauses zu einer wichtigen Mitgliederversammlung einfinden.

— Ablehnung der Bekräftigung des Brodens durch den Sarfluh-Hauptvorstand. An der letzten Zeit wird im Satz viel von dem Plan gesprochen, auf der Brodenstufe ein 100 Meter hohes, siebenförmiges Denkmal, ähnlich dem Leipziger Wölfferschlachtdenkmal, zu bauen. Es soll die Deutschen zur Einigkeit mahnen. Tausende von Menschen würden, wie der Schöpfer des Denkmals hofft, durch diesen Riesenhau Arbeit und Brot finden. Auf der Höhe des 100 Meter hohen Denkmals sollen 16 Meter hohe Figuren deutscher Soldaten stehen. Das wären quadratischen, 36 Meter hohen Unterbau mit einer Grundfläche von 10 000 qm freit eine pyramidenähnliche Form 22 Meter empör. Aus dieser quadratischen Form erhebt sich ein 17 Meter hohes Rundheil, von 13 rechteckigen Wächtern bewacht. Eine dreigeschossige Riekelstuppelkappe, Gebästhaube, füllt das Innere des Riekelmales aus. Man denkt, daß man den Bau größtenteils aus Findlingen der Brodenlandschaft errichten könnte, und daß daher verhältnismäßig geringe Mittel erforderlich wären. Der Hauptvorstand des Harzfalls meint allerdings das Gegenteil. Er hat die Entwürfe geprüft und in einer Sitzung dazu Stellung genommen. Der Hauptvorstand lehnt die Unterstützung des Plans ab, da seine Ausführung gemaltige Summen verschlingen würde, die man heute nur mit größten Schwierigkeiten aufbringen könnte, da ferner aber auch das große Braunkohlefeld erschwinden müßte, und weil endlich zu befürchten ist, daß die Verschaffung der Baustoffe vielleicht nicht unbedenkliche Eingriffe in die Ursprünglichkeit der Brodenlandschaft erfordern würde. Jeder rechte Freund des Harzes und der Natur wird diesen Befehl begrüßen. Der Broden ist selbst ein gemaltiges Naturdenkmal aus Urstein, dessen reine Natur Schönheit durch ein solches Bauwerk von Menschhand nicht gelahrt werden soll.

Kreis Wernigerode

Heftung, 15. Juli. Am Montag, den 20. Juli, um 20 Uhr findet eine konstituente Versammlung der SPD, und des Reichsbanners statt. Der Kamerad Ernst Wille in Magdeburg ist anwesend und wird über republikanische Schulmaßnahmen sprechen. Ebenso wird über Notverordnung und sonstige Tagesfragen gesprochen werden. Die Ortsgruppe Wernigerode vom Arbeiter-Radiobund wird anwesend sein und Lieder und Märche überbringen. Es wird erwartet, daß alles zum Montag abend im Lindenhof erledigt.

Partei - Genossinnen und -Ge. Blättl!

nossen, werbt für Euer Blättl!

Sitzung des Provinzialausschusses.

Der Provinzialausschuß trat am 15. Juli in Merseburg zusammen. Er nahm u. a. den Bericht über den Beginn des Baues der Tangermünder Götterbrücke entgegen. Die Bauarbeiten werden vollendet.

Auf Grund einer Ermächtigung, die der 46. Provinzialantrag dem Provinzialausschuß erteilt hatte, wurden die aus Anlaß der 50 000 m Wasserständen im Sommer des Jahres 1928 aus Provinzialmitteln gewährten Darlehen unter der Voraussetzung niedergeschlagen bzw. gestundet, daß der Staat und die beteiligten Kreise sich im gleichen Umfang beteiligen.

Für eine Anzahl von Kreisen wurde die technische Leitung der

Dararbeiten auf den Kreisstraßen

durch die Provinzialstraßenverwaltung wahrgenommen. Die Kosten, die von den Kreisen der Provinzialverwaltung für die Stellung der Provinzialstraßenmeister zu erlassen sind, wurden neu festgelegt. Während bisher die technische Leitung von Provinz- und Kreisstraßen gleich bemerkt wurde, sollen bis auf weiteres 3 im Kreisstraßen als 2 im Provinzialstraßen gerechnet und damit eine Senkung der von den Kreisen an die Provinz zu erhaltenden Zuschußkosten mit Wirkung vom 1. April 1931 erreicht werden.

Der Verteilungsplan zur Berechnung über die von den Stadt- und Landkreisen aufzubringende Provinzialabgabe für das Rechnungsjahr 1929 wurde festgestellt.

Durch die Umgehung der Kolonie Bährhaus aus der Gemeinde Kroppen, Kreis Heppendorf, Provinz Wittenberg, an die Gemeinde Doltshaus, Kreis Liebenau, wird eine Veränderung der Provinzialgrenze eintreten. Der Provinzialausschuß erklärte sich damit einverstanden.

Weiterhin folgte der Provinzialausschuß über die

Verteilung verschiedener Fonds,

die der Provinzialantrag bereitgestellt hatte, folgende Beschlüsse. Aus den Mitteln für allgemeine Zwecke der Volkshilfe erhielten

Aus Halberstadt

Auszahlung der Wohlfahrtsunterstützung.

heute nur Auszahlung für eine Woche.

Die Stadtverwaltung teilt uns mit: Infolge der Bankrottierung und der durch sie verursachten Unmöglichkeit, größere Beträge herauszufassen, konnten die heute ausgesetzten Wohlfahrtsunterstützungen nicht wie üblich für 14 Tage, sondern nur für eine Woche gezahlt werden. Die Zahlung für die zweite Woche wird am Donnerstag, den 23. d. Mts. erfolgen. Da die Zahlungen im Voraus erfolgen, und auch die Arbeiter ihren Lohn nur wöchentlich erhalten, wird gegen diese Zahlungsweise nichts eingemendet werden können.

Wieder verläßt die Kommuniten, aus dieser Situation für sich ein politisches Geschäft zu machen. Sie haben die Wohlfahrtsunterstützungsempfänger zu einer Protestkundgebung aufgeboten. Dabei muß daran erinnert werden, daß die Kommuniten Wohlfahrtsunterstützungsempfänger selbst die Unterstützung wä entlich ausgezahlt werden. Seit, wo infolge der Art der Zeit diese Maßnahmen von der Stadt selbst ergriffen werden muß, da kommen wieder die Kommuniten und wollen einen Belpfektall machen. Diesen politischen Hochstapeln, die nur Unruhe unter die Leute tragen wollen, muß einmal energisch das Handwerk gelegt werden. Sie glauben, jede Situation beliebig auswerten zu können. Bemerkenswert ist vor allem die Tatsache, daß die Zahlung der Unterstützung für die Wohlfahrtsunterstützungsempfänger in o r a s erfolgt.

Es bedarf wohl keiner besonderen Darlegung, daß die Stadtverwaltung in jeder Weise bemüht gewesen ist, sich der Verlegenheit, damit den Unterstützungsempfängern heute das Geld wenigstens für eine Woche ausbezahlt werden konnte. Darüber hinaus mußte auch den Beamten und Angestellten ein Urlaub gegeben werden. Daß die Beschaffung der Mittel nicht leicht war, bedarf wohl angesichts der Lage keine Erklärung. Der Aufforderung der Kommuniten zu einer Protestkundgebung sollte nicht Folge geleistet werden. Wir wissen, daß die Unterstützung nur gering find. Wenn es aber nach den Kommuniten ginge, dann herrschte heute in Deutschland ein Druener und Drüber, wie man es sich kaum vorstellen kann. Man versagen sich, daß aber, ob dann die Stadtverwaltungen und die Arbeitsämter in der Lage wären, Unterstützungen auszusahlen. Mit dem Augenblick, an dem die links- und rechtsgehenden Ratsfraktionen Obermaier kommen, hört jede geordnete Auszahlung von Unterstützungen auf. Das sollten sich alle diejenigen merken, die zu leicht gegenfind sind, den Tiraden der Kommuniten und Nazi Gschör zu lauschen.

„Die RGD. an der Front.“

Ein „Riefenlandarbeiterzeitung“ in Halberstadt.

Die kommunistische „Tribüne“ in Magdeburg verleiht, aus einer Reihe eines Elementen zu machen. Mir wieder eine Anstalt sie Stimmung für einen Landarbeiterstreik zu machen versucht, geht aus einer Meldung hervor, die sie in ihren Leitern auf der ersten Seite am Mittwoch brachte. „Landarbeiter in Halberstadt im Streik!“ RGD. an der Front. Verbreitung des Kampfes notwendig.“ Das sind die zweipaltigen Ueberschriften zu einer Schwindelmeldung, wie sie schlimmer nicht gedacht werden kann. Mit solchen Schwindelungen hoffen die Kommuniten in der Öffentlichkeit die Aufmerksamkeit auf sich zu lenken. In der Öffentlichkeit soll glaubhaft gemacht werden, daß die Arbeiter der Landarbeiter hinter der RGD händen, was aber, wie in den folgenden Zeilen bewiesen wird, gar nicht der Fall ist.

Die „Tribüne“ meldet, daß auf dem Gut Johannisloster ein Streik ausgebrochen sei und daß der Streik unter Führung der RGD. durchgeführt würde. Am Schluß der Meldung werden die „Forderungen der Streikenden“ aufgelistet. Was ist nun eigentlich auf dem Gut Johannisloster los? Es müßten zwei Arbeiter wegen Arbeitsmangel entlassen werden. Daraus machten die Kommuniten eine Staatsaktion um die Entlassung rückgängig zu machen. Sie forderten die Wiederinstellung der entlassenen Arbeiter und die Zahlung einer Entschädigung von über 400 Mark. Der Arbeitgeber lehnte die Forderungen der RGD. ab. Daraufhin traten vier Arbeiter in den Streik und stellten Arbeitslose als Streikposten. In der „Tribüne“ wird in keiner Weise darauf hingewiesen, daß es sich nur um einen landwirtschaftlichen Betrieb in einer Größe von 200 Morgen handelt. Es werden hier durchschnittlich sechs bis acht Arbeiter beschäftigt. Auch davon steht nichts in der „Tribüne“, weil der Anführer erwidert werden soll, als handelte es sich um einen landwirtschaftlichen Großbetrieb, dessen Arbeiterschaft vollständig unter dem Einfluß der Kommunisten steht.

u. a. die Verwaltungsschule der Provinz Sachsen in Halle und das Volkshochschule in Magdeburg bei Halberstadt zumenden. Wie in den Vorjahren wurde an die Empfängerhände der Gewerkschaften wieder Beiträge zur Förderung ihrer Bildungsarbeit verteilt, der angesichts der großen Erwerbslosigkeit besondere Bedeutung bekommt.

Die zur Förderung der Jugendpflege zur Verfügung liegenden Mittel wurden unter dem Gesichtspunkt verteilt, daß der Bestand der vorhandenen Jugendherbergen zu- und abgebaut werden soll, während Ausbau und Neugründungen zur Zeit unterbleiben müssen. Im übrigen wurden die Mittel vor allem für Zwecke der Arbeitsförderung für erwerbslose Jugendliche bestimmt.

Aus dem Fonds für gemeinnützige Zwecke konnte eine größere Anzahl sozialer Einrichtungen unterstützt werden. So erhielten die Hilfsvereine für Blinde und Taubstumme, der Vaterländische Frauenverein vom Roten Kreuz für Gemeindefrauenorganisationen, die Arbeiterwohlfahrt für die Provinz Sachsen, der Verein zur Erhaltung und Förderung der Sozialen Frauenhilfe Halle u. a. m. Zuwendungen.

Auf Vorschlag der Provinzial-Denkmalkommission wurde eine Reihe von Beispielen zur

Erhaltung von Kunstdenkmalen

aus den nach dem Hauptbauplan bereitgestellten Mitteln beauftragt, so u. a. für die Instandhaltung denkmalwerter Kirchen in Groß-Lehna, Kreis Merseburg, Wöbzig, Kreis Delitzsch, Ditzmied, Kreis Halberstadt, Neuenhagen, Kreis Bismarck, Kreis Gerberode, Kreis Moritzb. u. a. m. beauftragt wurden für die Instandhaltung des Aufwarturmes in Babenrode und für die Erhaltung wertvoller alter Bürgerhäuser in verschiedenen Städten kleinere Beträge bewilligt.

Die nächste Sitzung des Provinzialausschusses wird im September stattfinden.

Es muß festgestellt werden, daß der Deutsche Landarbeiterverband mit der Aktion der RGD. in seiner Weise in Verbindung steht. Die kommunistische „Tribüne“ sollte in dieser Angelegenheit den Mund nicht so voll nehmen, denn heute sind bereits Frauen von Streikenden zu dem „Hochstein Lampe“ gegangen und haben herzlich darum gebeten, doch bald wieder ihre Männer arbeiten zu lassen. Wenn der Arbeiter Gustav Bergmann von den Kommuniten als Streikbrecher bezeichnet wird, dann ist das nur eine Redensart, die den Kommuniten besonders loder auf der Zunge liegt. Die Kommuniten trenn sich, wenn sie glauben, daß sie mit ihrer Aktion auf dem Gute Johannisloster besonders großen Erfolg haben werden. Noch immer steht der übermächtige Zeil, die Mehrzahl der Landarbeiter zur freigewerkschaftlichen Organisation, zum Deutschen Landarbeiterverband, der seine Mitglieder nicht launenbarmen in Streiks hineinführt, sondern eine verantwortungsbewußte Haltung im Interesse der organisierten Arbeiter einnimmt.

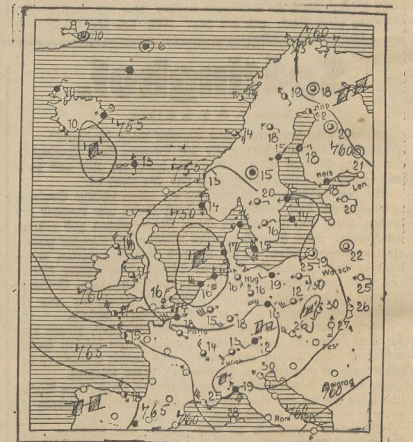
*** Eigenartiger Anfall.** In einer hiesigen Gastwirtschaft war ein ausmüderter Besucher bei seinem Abendessen müde geworden. Da die Polizeistunde herangerückt war, setzte man ihn in das Vereinszimmer, wo er schlafen konnte. In der Nacht wurde der Schlaftrunk aber wach und sprach, wußt in der Meinung, sich nach in dem zur ebeneren Erde betrogenen Schrantraum zu befinden, aus dem Fenster des im ersten Stock belegenen Vereinszimmers. Er zog sich Verletzungen zu, die seine sofortige Überlieferung in das Krankenhaus notwendig machten. Die Verbandsämter des Berufungsdienstes wurden sofort eingeschaltet.

*** Festnahmen.** Die Polizei nahm einen jungen Mann fest, der sich an einem schulpflichtigen Mädchen unflätig vergangen hatte. — Weiter teilt er einen Zigeuner fest der seinen Freund um den Betrag zweier veräußert Pferde betrogen hatte und mit einer Freundin ausgeübelt war.

Briefkasten

G. A. Halberstadt. Wir bitten Sie, wegen der Streifenanfragen unter Redaktion in den Sortimentslisten aufzuführen.

Amliche Wetternachrichten



ERKLÄRUNG: ☀ wolklos, ☁ bedeckt, ☂ regnet, ☄ Regen + Schnee, ☁ Dunst + Nebel, K Gewitter, A Gruppenblitz, A Regen, S Schilf, ☁ leicht, ☁ mässig, ☁ stark, ☁ stürmisch. Die Umkreisung verbindet die Orte des gleichen Luftdruckes. (12) (27) S = Stark, wolkig, Regen, Z Grad Celsius.

Vorausichtliche Wetterna bis 17. Juli, abends:

Am Mittwoch war es meist trübe, die Zennvertauer konnte jedoch nur bis auf 17 Grad antauen. Der Regen hielt an der Höhe bis in die frühen Nachmittagsstunden an, im Dazwischen war es mittags wollos, weißlich der Höhe, aber hielt das nicht weiter den ganzen Tag an. Die Niederschläge waren außerdem an die Front der eindringenden kühleren Luftmassen, die mittags die Höhe überquert. Im Westwindland war es trocken, erst in Spätnachmittag neue Schauerfälle ein. Am Donnerstag ist noch unbedeutend, süßes Wetter zu erwarten, am Freitag dürfte sich Aufbesserung einstellen. Am Samstag ist noch unbedeutend, süßes Wetter zu erwarten. Am Freitag dürfte sich Aufbesserung einstellen. Am Samstag ist noch unbedeutend, süßes Wetter zu erwarten.

Salzer Volksstimme

(Halberstädter Tageblatt)

Organ der Sozialdemokratischen Partei für den Stadt- und Landkreis Wernigerode

Publikationsorgan der freien Gewerkschaften

Bezugspreis halbjährlich 1 Mark einschließlich Bringerlohn, bei Selbstabholung 90 Pfennig. Bezugspreis einschließlich Lieferung und zwar mittags, mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Bestellungen werden in der Geschäftsstelle, von unsrigen Boten und Agenturen entgegengenommen. Redaktion u. Druckerei: Halberstadt, Domplatz 48. Fernruf 2314. Verlag: Halberstädter Tageblatt, Paul Weber, O. m. b. H. Verantw. für Inhalt u. Richtigkeit: Arthur Wollenburg, für den isolierten Teil Wilhelm Rindermann, für Restname u. Insetate Karl Treff, sämtl. in Halberstadt.

Anzeigenpreis die achtspaltige Kolonne oder deren Raum für Anzeigen aus Stadt- und Landkreis Wernigerode 15 Pfennig, auswärts 20 Pfennig. Restname 40 Pfennig, auswärts 50 Pfennig. Abgabende ist der bei Zahlung vorliegende letzte Kurs. Für die Aufnahme von Anzeigen an bestimmten Tagen und an bestimmten Stellen kann eine Gebühr nicht übernommen werden. Anzeigen-Aufnahme in der Geschäftsstelle Halberstadt, Domplatz 48 (Fernruf Nr. 2314), Postfach 30, Wlagaeburg 4626 und Volksbuchhandlung (Steigerwald) Wernigerode, Burgstraße 30.

Nr. 163

Donnerstag, den 16. Juli 1931

6. Jahrgang

Gegen Kapitalflucht!

Notwendige scharfe Maßnahmen durch neue Verordnungen der Reichsregierung.

Am Mittwoch abend gegen 23 Uhr ist eine neue Notverordnung der Reichspräsidenten erlassen. Außerdem wurden drei Notverordnungen aufgrund der Notverordnungen der letzten Tage veröffentlicht. Sie regeln die Wiederaufnahme des Zahlungsverkehrs nach den Bankfeiertagen, den Verkehre mit Devisen und ihre Kursberechtigung, sowie den Verkehre mit ausländischen Zahlungsmitteln.

Die Verordnungen bringen eine erste leichte Auflockerung der durch die Bankfeiertage festgesetzten Notverordnung. Das Ergebnis ist, daß zunächst bis Sonnabend einschließlich, also praktisch bis Montag nächster Woche, den Konteninhabern aller Banken noch kein Verfügungsrecht über ihr Guthaben eingeräumt wird. Darüber hinaus gilt bei der Darlehens- und National-(Danat)-Bank die Scheckerschließung bis zum 6. August. Zugleich ist ein Ausnahmefall der Danat betreffende Notverordnung, dahin erfolgt, daß die Anspruchsbeschränkung gegen die Danat auch auf die Ausübung oder Erhaltung des Begleichungsrechts aus einem Scheck ausgedehnt wird, während bisher nur Wechsel erfasst worden sind.

Auszahlungen dürfen nach den neuen Verfügungen des Reichspräsidenten in den nächsten drei Tagen und zwar unter Wachstumsbedingung für Lohn- und Gehaltszahlungen, für Arbeitslosen- u. Krisenunterstützung, für Vermögensleistungen, Steuern und sonstigen öffentlichen Ausgaben benötigten Mittel vorgenommen werden, es sei denn, daß eine besondere Einschränkung möglich ist. Eine gewisse Auflockerung tritt im Ueberweisungsbereich der Banken ein, unbeschränkt zulässig sind Ueberweisungen als Ersatz für zugelaufene Barauszahlungen, ferner solche innerhalb desselben Instituts zur Durchführung des Arbeitsvermittlungsgewerks und der Arbeitslosenversicherung und zur Erfüllung der Leistungen der Versicherungsträger an ihre Versicherungsnehmer.

Mit Ausnahme der Reichsbank, der Privatnotenbanken und der deutschen Golddevisenbank, die in Zahlungen und Ueberweisungen vorübergehende Beschränkungen unterliegen, sind zwischen den von den Bankfeiertagen betroffenen Geldinstituten in beschränktem Maße Ueberweisungen zulässig. Sie dürfen jedoch nur bis zur Höhe der Hälfte des Guthabens des Auftraggebers, aber höchstens bis 10.000 M., gehen und nur auf ein bereits bestehendes Konto eines Dritten bei einem von den Bankfeiertagen betroffenen Institut erfolgen. Dagegen unterliegt die Annahme von Einzahlungen keinen Beschränkungen. Barauszahlungen in Reichsmark, die nach dem 15. Juli erfolgt sind, stehen frei zur Verfügung.

Die Verordnung über den Verkehre mit ausländischen Zahlungsmitteln lehnt sich eng an die Devisenverordnung vom Jahre 1924 an. Nur, daß diesmal die Reichsbank die grundsätzliche alleinige Vermittlung des Devisen- und Verkaufs durchzuführen soll, die ihr zugehörigen Befugnisse hinsichtlich des Verkehres mit ausländischen Zahlungsmitteln auf andere Banken übertragen kann. Richtig verboten sind Termingeschäfte in ausländischen Noten und Devisen sowie Geschäfte in Edelmetallen gegen inländische Zahlungsmittel. Als inländische Kurse ausländischer Zahlungsmittel dürfen nur die am 1. Juli festgestellten der Berliner Börse oder ihnen gleichwertige Kurse veröffentlicht werden. Geschäfte, die den Bestimmungen dieser Verordnung widersprechen, sind nichtig.

Am Falle der Verletzung der Bestimmungen der Devisenverordnung sind Gefängnisstrafen und Geldstrafen bis zum Zehnfachen des Wertes der ausländischen Zahlungsmittel festgesetzt. Ist die Geldstrafe nicht einzutreiben, so tritt an ihre Stelle Gefängnis. Gleichzeitig können die ausländischen Zahlungsmittel und Devisen bei strafrechtlichen Vergehen zu Gunsten des Reiches eingezogen werden.

Die neuen Notverordnungen sind ebenfalls in der Hoffnung ausgearbeitet worden, daß es in den nächsten Tagen schließlich doch noch gelingt, einen höheren ausländischen Kredit herbeizubringen. Tatsächlich scheint die Stimmung in Frankreich in den letzten 24 Stunden hinsichtlich eines derartigen Kredits eine starke Veränderung erfahren zu haben. Als Gegenleistung fordert man, wie die französische Finanzagentur neuerdings betont, „substantielle Garantien“, die durch ein gemeinsames Abkommen der interessierten Finanzminister festgelegt werden müssen. Die ins Auge gefasste Operation werde von solchen Ausmaßen sein, daß sie nicht ohne die Mitarbeit der amerikanischen, englischen und französischen Banken begangen könne.

Dieser Stimmungsumschwung in der Meinung der französischen Regierung und Devisenminister ist zweifellos auf die Vermittlungstätigkeit des englischen Außenministers zurückzuführen, der zur Zeit in Paris weilte und heute abend von dort nach Berlin zum Reich der Reichsregierung abreisen wird.

Kontrolle gegen Mißbrauch.

Die Mitglieder der Berliner Stempelvereinigung einschließlich ihrer Familien haben beschlossen, Schecke zu Lohnzwecken nur an bestimmten Stellen abgeben zu lassen, an denen bereits früher die Mittel zu Lohnzwecken abgehoben worden sind. Außerdem wollen die Banken die Zahlungen zu Lohnzwecken davon abhängig machen, daß ihnen die Lohnlisten vorgelegt werden, die von den örtlichen zuständigen Industrie- und Handeltammern abgestempelt sind.

Starke Diskont-Erhöhung.

Von 7 auf 10 Prozent, Lombardfuß von 8 auf 15 Prozent.

Am Mittwoch ist die Gold- und Devisendeckung der Reichsbank unter 40 Prozent gesunken. Die gesetzlich erforderliche Ermächtigung des Generalrats ist hierfür eingeholt worden. Die Reichsbank hält es nicht für richtig, mit der Erhöhung ihres Diskontfußes zu warten, bis die im § 29 des Bankgesetzes angegebenen Voraussetzungen vorliegen, sondern hat in Voraussicht dieser Verpflichtung bereits mit Wirkung vom 16. Juli dieses Jahres ab dem Sonntag auf 10 Prozent erhöht. Gleichzeitig ist der Lombardfuß auf 15 Prozent festgesetzt worden.

Die Diskont-Erhöhung der Reichsbank hat den Sinn, die Produktionsmaschine im Gang zu halten. Das geht nur, wenn die Lohn- und Gehaltszahlungen sicher zu stellen sind. Darum müssen Mittel in Anspruch genommen werden: um die gewöhnlichen in den letzten Wochen und Tagen geschafferten Kredite flüssig zu machen.

Die Diskont-Erhöhung ist nur ein Mittel, um die Dinge zu meistern. Der gegebene geldtechnische Weg zur Ueberwindung der Zahlungsmittelnot und der bereits schon eingetretenen und noch drohenden Illiquidität der Wirtschaft ist die vorübergehende Ausdehnung des Zahlungsmittelumsatzes durch erhöhte Notenausgabe. Die Reichsbank wird zu diesem Zweck von der im Reichsbankgesetz ausdrücklich vorgesehenen Möglichkeit der Verabreichung der Deckung der Banknoten durch Gold und Devisen — wahrscheinlich von 40 auf 30 Prozent — Gebrauch machen müssen. Das ist angesichts ähnlicher Situationen zu allen Zeiten und in allen Ländern geschehen. Mit einer Inflation hat das nichts zu tun.

Diese Erweiterung der Bewegungsfreiheit der Reichsbank muß aber mit einer zweiten Maßnahme verbunden sein, um eine mißbräuchliche Kreditanbahnung, d. h. die Inanspruchnahme von Banknoten, zum Zwecke der Umladung in Devisen oder von Marktkrediten zum Zwecke der Aufrechterhaltung früherer oder

früher erst geschaffener Zustandsguthaben zu verhindern. Die Kreditgewährung muß fähigbar teuer sein.

In diesem Zusammenhang hat die Reichsbank ihren Diskontfuß von 7 auf 10 Prozent und ihren Lombardfuß von 8 auf 15 Prozent erhöht. Scheckverfällige haben die Erhöhung der Sätze auf 20 und 30 Prozent gefordert. Wir sind auch der Meinung, daß die Erhöhungen der Reichsbank zu gering sind, um die notwendigen Wirkungen zu erzielen. Der Reichsbankpräsident Dr. Luther soll jäh hüten, die Fänge der Diskontpolitik in triftigen Situationen, ähnlich wie Schacht das tat, schließen zu lassen. Schacht kam damals die Gunst der wirtschaftlichen Entwicklung zugute. Das ist ein Faktor, mit dem Luther nach Lage der Dinge nicht rechnen kann.

Unter Staatsaufsicht.

Der Finanzminister hat verfügt.

Die Reichsregierung beabsichtigt bestimmte gesetzliche Maßnahmen, durch die wichtige Zweige der Privatwirtschaft in die Einflußsphäre der staatlichen Gewalt einbezogen werden sollen. Man will sie gemäßigter einer staatlichen Aufsicht unterstellen. Diese Aufsicht besteht zunächst hinsichtlich der großen Gebäudefirmen, der Versicherungsgesellschaften und Transportunternehmungen. Sie soll so durchgeführt werden, daß das Reich für diese Unternehmungen besondere Kommissionen ernannt oder die Reichsbank mit der Aufgabe betraut, diese Unternehmungen nicht nur auf ihre Finanzgebarung, zu beaufsichtigen, sondern auch dafür zu sorgen, daß ihre Geschäftsführung im Sinne und im Rahmen der von der Regierung verfolgten Wirtschaftspolitik erfolgt.

Die genannten Pläne werden schon längere Zeit innerhalb der Reichsregierung erwoogen. Sie sind auf den Zusammenbruch großer Konzerne zurückzuführen und haben ihre Berechtigung insofern, als schließlich bei jedem Zusammenbruch des Reiches der leittragende Teil ist und durch Subventionen oder Garantieleistungen einbringen muß.

Kein Grund zur Unruhe.

Eine nächtliche Rundfunkrede des Reichsfinanzministers Dietrich.

Der Reichsfinanzminister sprach am Mittwoch in vorgerückter Abendstunde im Berliner Rundfunk über die gegenwärtige Wirtschaftslage Deutschlands. Dietrich wies darauf hin, daß es infolge des Sparplanes gelungen sei, der Wirtschaft von Reichsmegen über 300 Millionen Mark zur Verfügung zu stellen. Die

haben, was sie zu fordern haben. Es ist aber unmöglich, etwa dahin zu kommen, daß mit einem Male alle Sparer ihr Geld bekommen. Die Frage, wie weit das möglich sein wird, ist die Aufgabe der nächsten Tage. Die Reichsbank hat Vorbehalte getroffen, daß

die Lohnzahlungen, Unterstellungen usw.

am heutigen Donnerstag bereitgestellt werden können, natürlich nur gegenüber den Firmen, die inländisch sind, auf dem gebotenen Kreditwege die Gelder beanspruchen zu können. Wenn es an einigen Stellen zu Schwierigkeiten kommen sollte, dann bitten wir die Bevölkerung, daraus nicht einen generellen Schluß zu ziehen. Wir werden bemüht bleiben, diese lokalen Schwierigkeiten zu meistern. Die Reichsbank wird am Donnerstag etwas mehr Noten umlaufen lassen als bisher. Wir haben in den vergangenen Monaten aber oft eine Milliarde und noch mehr Notenumlauf gehabt über dem, was wir jetzt haben. Die Schwierigkeit liegt jetzt nicht etwa darin, daß wir zuviel Noten haben, sondern

daß wir zu wenig Noten haben,

leichteres, weil uns Gold und Devisen weggenommen worden sind. Der Minister kam dann auf die Rentenmark zu sprechen, die gelegentlich jedermann in der Tasche hat. Niemand hat bisher zwischen ihr und der Reichsbank einen Unterschied gemacht. Die Rentenmark ist durch die Landwirtschaftsgarantie außerordentlich gut gedeckt.

Der Minister behandelte dann die Zukunft in der Devisen und die Frage des Notgeldes.

Der Devisenverkehr

ist durch die Devisenverordnung bei der Reichsbank zentralisiert, damit kein deutsches Geld ins Ausland flüchten kann. Was das Notgeld angeht, von dem gefaselt wird, so ist zu sagen,

daß sich jeder strafbar macht, der Notgeld ausgibt.

Der, der Notgeld annimmt, wird der Dumme sein, denn es ist wertlos und unflüssig. Am Schluß seiner Ausführungen warnte der Minister vor dem Hamstern von Banknoten. Wir haben einen Geldumlauf, der ausreicht, wenn er sich normal vollzieht, d. h. daß jeder nicht mehr Geld mit sich trägt, als er für seine Zwecke für die nächste Zeit braucht. Wenn das geschieht, reicht der Geldumlauf aus, um die Wirtschaft in Gang zu halten. In allen triftigen Stunden eines Volkes kommt es entscheidend darauf an, daß man die Notizen nicht verliert. Wenn sie die große Mehrheit der Bevölkerung verliert, ist die Regierung machtlos. Jetzt kommt es darauf an, dem zu folgen, was die Regierung vorschlägt. Nur dann kommen wir aus der Not heraus.



Die Rentenberechtigten und die Unterstützungsberechtigten das er-